



€URORETTUNG NUR MIT

GREEN NEW DEAL

ABHÄNGIGKEIT VON FOSSILEN ENERGIETRÄGERN UND
NICHT-ERNEUERBAREN ROHSTOFFEN MITVERANTWORTLICH
FÜR DIE ÖKONOMISCHE INSTABILITÄT VIELER EUROLÄNDER



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

INHALT

IMPRESSUM

Sven Giegold MdEP

Europabüro NRW
Jahnstr. 52
D-40215 Düsseldorf

sven.giegold@europarl.europa.eu
www.sven-giegold.de

Redaktion: Sven Giegold, Sebastian Mack
V.i.S.d.P.: Sven Giegold
Gestaltung: Pia danner, p:zwe
Druck: Konrad Pachnicke, Kommunikation und Logistik

1. Auflage

Finanziert durch: Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament
Kontakt: sven.giegold@europarl.europa.eu

Sie können das Arbeitspapier unter der o.g. Adresse bestellen. Eine Englische Version unseres Arbeitspapiers findet sich auf meiner Webseite.



KURZ GEFASST	4
EINFÜHRUNG	6
EUROPÄISCHE UNION (EU-27)	7
EUROZONE	10
EU-BÜRGERINNEN UND -BÜRGER ZAHLEN DIE RECHNUNG	12
EURO-SCHULDENLÄNDER	14
Spanien	16
Italien	18
Portugal	20
Griechenland	22
Irland	24
ROBUSTE EU-VOLKSWIRTSCHAFTEN	26
Frankreich	28
Deutschland	30
MITTEL- U. OSTEUROPÄISCHE LÄNDER (MOEL)	34
Polen	36
Slowakei	38
GREEN NEW DEAL	40
ANHANG	42



KURZ GEFASST

Die EU-Mitgliedstaaten müssen immer mehr für den Import von fossilen Energieträgern (Öl, Gas und Kohle) und anderen nicht-erneuerbaren Rohstoffen aufwenden. Der Einbruch der Weltwirtschaft 2008/2009 hat hier nur eine Verschnaufpause gebracht, schon bald werden die Länder wieder genauso viel für Energieträger- und Rohstoffeinfuhren zahlen müssen wie vor der Krise. Das vorliegende Arbeitspapier zeigt, dass die Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger und anderer endlicher Rohstoffe nicht nur Unternehmen, Verbrauchern und der Umwelt zu schafften macht. Die hohen Ausgaben für den Import von fossilen Energieträgern und anderen nicht-erneuerbaren Rohstoffen leisten auch zur Neuverschuldung einiger EU-Mitgliedsländer einen großen Beitrag und gefährden aus

diesem Grund die Stabilität der Eurozone.

Durch die hohen Nettoimporte müssen sich einige Mitgliedsländer gegenüber dem Ausland verschulden, was sich in unnachhaltigen Leistungsbilanzdefiziten widerspiegelt. Von Natur aus ist Europa ein rohstoffarmer Kontinent und folglich stark abhängig von Importen aus anderen Teilen der Welt. Dass die Notwendigkeit zum Import von fossilen Energieträgern und endlichen Rohstoffen ständig größer wird, bereitet Anlass zur Sorge - zumal sich angesichts von wachsender Nachfrage aus Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien der Trend steigender Preise weiter fortsetzen wird. Ein mit Verve betriebener Green New Deal würde das Gros der teuren Importe hinfällig machen, durch weniger Auslandsver-

schuldung makroökonomische Ungleichgewichte verringern und so auch den Euro stabilisieren.

Allein in den zwölf Monaten zwischen Oktober 2010 und September 2011¹ hat die Importabhängigkeit die 27 EU-Länder 408 Mrd. € gekostet. Erlöse aus dem Export von fossilen Energieträgern und anderen Rohstoffen bereits abgezogen. Zum Vergleich: Das Leistungsbilanzdefizit der EU-27 betrug im selben Zeitraum 119 Mrd. €.

Ein Blick auf die einzelnen Länder offenbart, dass kein EU-Staat von dieser Abhängigkeit ausgenommen ist. Die derzeitigen Schuldenländer Irland, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland schneiden kaum besser ab. Auch sie fahren durch die Importe von fossilen Energieträgern und anderen Rohstoffen hohe Leistungsbilanzdefizite ein. Die Stabilisierung des Euro entscheidet sich letztlich in Italien und Spanien. Beide Länder hätten ihre Leistungsbilanz mit den bisherigen Maßnahmen weitgehend ausgeglichen, wenn die Kosten für den Import von fossilen Energieträgern nicht so stark angestiegen wären. Damit lebten die beiden Staaten zuletzt nicht einfach über ihre Verhältnisse, sondern insbesondere über ihre ökologischen Verhältnisse. Italien, das seinen Strombedarf zu drei Vierteln durch die Verbrennung von Öl, Gas und Kohle deckt, gab zuletzt während eines Jahres insgesamt 71 Mrd.

€ für den Import von fossilen Energieträgern und anderen Rohstoffen aus, das sind gut 50 % mehr als 2009 (47 Mrd. €). Das Leistungsbilanzdefizit summierte sich in den letzten zwölf Monaten auf rund 58 Mrd. €. Diese Importabhängigkeit erklärt einen großen Teil der Nettoneuverschuldung gegenüber dem Ausland.

Selbst Volkswirtschaften, die einen Leistungsbilanzüberschuss erwirtschaften, sind vor dem Problem der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und anderen Rohstoffen nicht gefeit. Der Exportmusterknabe Deutschland verbuchte von Oktober 2010 bis September 2011 einen Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von knapp 141 Mrd. €. Darüber hinaus musste die Bundesrepublik gut 108 Mrd. € für den Import von fossilen Energieträgern und anderen Rohstoffen aufwenden. Da in Zukunft mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen ist, werden die Kosten der Abhängigkeit von Einfuhren weiter zunehmen. Jüngst sank der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands leicht. Dies allerdings ist weniger Ausdruck einer langsamen Angleichung der Leistungsbilanzen in der Eurozone, sondern vielmehr das Ergebnis gestiegener Rohstoffimportkosten. So sank der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands von seinem Höchststand von 55 Mrd. € im vierten Quartal 2007 auf 30 Mrd. € im dritten Quartal 2011 (minus 45 %). Genau

entgegengesetzt entwickelten sich die gesamten Rohstoffimportkosten, die im selben Zeitraum von 22 Mrd. € auf 29 Mrd. € stiegen (plus 32 %).

Im Vergleich zu ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind auch die mittel- und osteuropäischen Länder besonders stark auf den Import von fossilen Energieträgern und anderen Rohstoffen angewiesen. So geht das polnische Leistungsbilanzdefizit im Zeitraum von Oktober 2010 bis September 2011 in Höhe von etwa 17,5 Mrd. € zu rund 80 % auf die Rechnung von 13,8 Mrd. € für Nettoimporte fossiler Energieträger und anderer Rohstoffe.

Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis wir die Rechnung für unsere rückständige Energie- und Wirtschaftspolitik nicht mehr bezahlen können. Eine neue Wachstumspolitik für die Eurozone kann ökonomisch wie ökologisch nur erfolgreich sein, wenn sie die Abhängigkeit von Importen endlicher Energieträger und Rohstoffe absolut und nachhaltig senkt.

OHNE GREEN NEW DEAL – KEINE EURORETTUNG.



EINFÜHRUNG

Nahezu täglich wird in den Medien über mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, überbordende Haushaltsdefizite und Leistungsbilanzungleichgewichte der Euroländer als Gründe für die anhaltende Krise berichtet. All diese Indikatoren sind bei der Analyse der wirtschaftlichen Lage wichtig, doch wurde in der aktuellen Debatte ein wichtiger Aspekt ausgeblendet: Die Abhängigkeit der EU-Staaten vom Import fossiler Energieträger (Öl, Gas und Kohle) und anderer endlicher Rohstoffe und ihr Beitrag zur Verschuldungsdynamik in der EU.

Die Abhängigkeit von Rohstoffen jedweder Art ist Teil unseres auf materiellen Konsum ausgerichteten Wirt-

schaftsmodells. Ökonomisch besonders bedeutend ist der Import von Öl, da wir es nicht nur zur Energieproduktion nutzen, sondern weil es auch die Basis zahlreicher Industrieprodukte ist. Selbst bei einer hundertprozentigen Deckung des Energiebedarfs durch Erneuerbare Energien wären deshalb Ölimporte in erheblichem Umfang notwendig.

Grundlage dieses Arbeitspapiers sind die zuletzt verfügbaren Eurostat-Daten zur Einfuhr von Rohstoffen zum September 2011. Zur besseren Lesbarkeit der Abbildungen wurden die Skalierungen den jeweiligen Ländern angepasst. Dadurch wird das für die Bedeutung der Rohstoffabhängigkeit ent-

scheidende Verhältnis von Nettoimporten/-exporten zur jeweiligen Leistungsbilanz ersichtlich.

Ein Leistungsbilanzdefizit gibt an, dass sich ein Land gegenüber dem Ausland verschuldet oder - im selteneren Fall - eigenes Währungsguthaben abbaut (bedeutet eine Abnahme der Devisenreserven). Das vorliegende Arbeitspapier zeigt die relative Bedeutung von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen an dieser Verschuldung, indem es Nettoimporte und Leistungsbilanzsaldo gegenüberstellt.

Im Folgenden wird zunächst ein Blick auf die Europäische Union und die Eurozone geworfen. Im Anschluss daran wird detailliert auf die Situation der derzeitigen Schuldländer Spanien, Italien, Portugal, Griechenland und Irland eingegangen. Darauf folgt eine Analyse der robusten EU-Volkswirtschaften Frankreich und Deutschland, wobei insbesondere den Ursachen des Leistungsbilanzüberschusses der Bundesrepublik auf den Grund gegangen wird. Schließlich werden mit Polen und der Slowakei noch zwei Repräsentanten der mittel- und osteuropäischen Länder betrachtet. In einem letzten Teil werden die Ergebnisse des Arbeitspapiers zusammengefasst und Lösungsansätze aufgezeigt, wie eine Energiewende die Importabhängigkeit der EU-Länder verringern könnte.

EUROPÄISCHE UNION EU-27

Schaut man sich genauer an, woraus die hohen Leistungsbilanzdefizite der EU-Mitgliedsländer resultieren, ergibt sich ein eindeutiges und zugleich erschreckendes Bild: Obwohl die Wirtschaft auch drei Jahre nach dem schweren Einbruch in vielen europäischen Staaten

dahinsieht, steigen aufgrund von Preiserhöhungen die Ausgaben für den Import von fossilen Energieträgern und anderen nicht-erneuerbaren Rohstoffen unentwegt an.

Abbildung 1 stellt für die 27 EU-Mitgliedstaaten die quar-

talsmäßige Entwicklung der Leistungsbilanz (hellblaue Linie) den Nettoimporten ausgewählter Produktgruppen (Säulen) gegenüber. Die Daten von Öl (schwarz), Gas (rot), Kohle (grün) und anderen endlichen Rohstoffen (lila) wurden addiert, um ihren An-

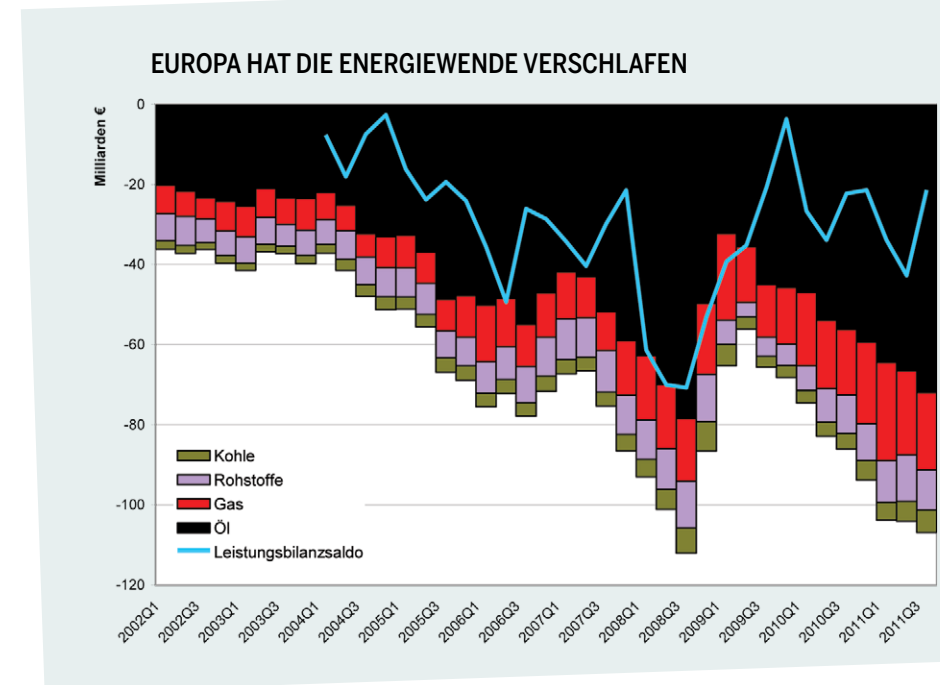


ABBILDUNG 1
Leistungsbilanz² und Nettoimporte auf Quartalsbasis in Mrd. Euro

² Eurostat-Daten für die Leistungsbilanz der EU-27 Staaten erst ab 2004, als zehn neue Mitgliedstaaten der Europäischen Union beitraten.

EU-27

teil am Leistungsbilanzsaldo zu veranschaulichen. So wird ersichtlich, dass allein der Verzicht auf circa ein Drittel aller Rohstoff- und Energieimporte die Leistungsbilanz der EU-27 Staaten zum Ausgleich bringen würde, ohne Ölzukäufe ließe sich gar ein satter Überschuss erzielen. Alleine der Anstieg der Importkosten seit 2009 war größer als das Leistungsbilanzdefizit der EU-27.

In absoluten Zahlen hat die Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger und anderer nicht-erneuerbarer Rohstoffe in den zwölf Monaten zwischen Oktober 2010 und September 2011 die 27 EU-Länder 408 Mrd. € gekostet (Erlöse aus dem Export von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen bereits abgezogen). Zum Vergleich: Der Leistungsbilanzsaldo der EU-27 betrug im selben Zeitraum minus 119 Mrd. €.

Abbildung 1 zeigt ferner, wie die Rezession 2008/09 die Rohstoffpreise weltweit fallen ließ und so auch die Importkosten von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen schrumpften. Beliefen sich die Ausgaben für Importe im dritten Quartal 2008 noch auf 113 Mrd. €, halbierten sie sich im zweiten Quartal 2009 auf etwas mehr als 56 Mrd. €.

Seither jedoch wachsen die Importkosten beständig, wofür in erster Linie Preiserhöhungen verantwortlich sind. Abbildung 2 verrät, dass die importierten Mengen - abgesehen von einem Einbruch im zweiten Quartal 2009 - über die letzten zehn Jahre hinweg unverändert hoch blieben. Der Preiseffekt zeigt sich an den seit der Krise 2008/09 erheblich gewachsenen Ausgaben für Gasimporte: Seit dem wirtschaftlichen Einbruch vor drei Jahren nahmen die Kosten für Gasimporte um beinahe 90 % zu, von 13 Mrd. € im dritten Quartal 2009 auf 24,5 Mrd. € im ersten Quartal 2011. Die importierte Menge stieg im selben Zeitraum nur um knapp 27 % von 54 Mio. Tonnen auf 69 Mio. Tonnen.

Ein noch bedrohlicheres Bild ergibt sich, wenn man ausschließlich die Ölimportkosten der letzten Jahre betrachtet. Der Gleichlauf von Leistungsbilanzdefizit und Ausgaben für Ölimporte (Abbildung 3A) spricht Bände, aber besonders die massive Zunahme in absoluten Zahlen verschafft einen Eindruck davon, welche Summen hier eingespart werden könnten. Wie stark die Preiserhöhungen bei Rohöl für den Anstieg der Ölimportkosten verantwortlich sind, zeigt sich im Vergleich mit Abbildung 3B.

IMPORTMENGEN UNVERÄNDERT - TRENDWENDE STEHT WEITER AUS

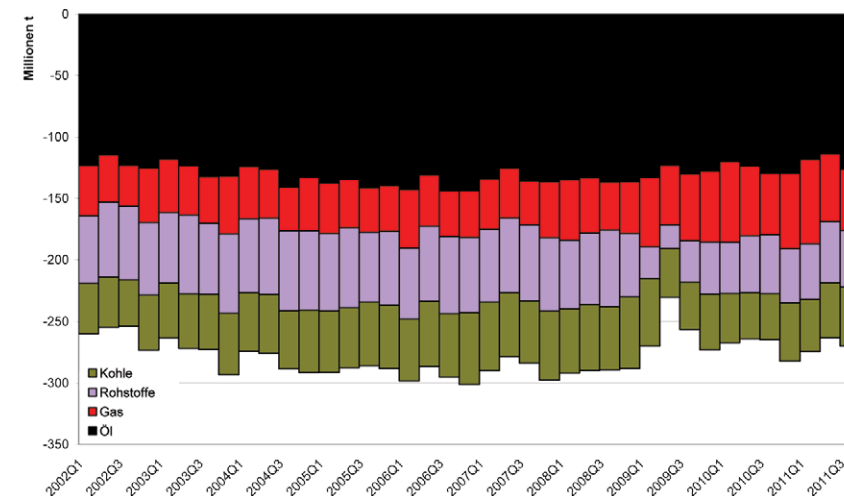


ABBILDUNG 2
Nettoimporte auf Quartalsbasis in Mio. Tonnen

KOSTEN FÜR ÖLIMPORTE TREIBEN VERSCHULDUNG

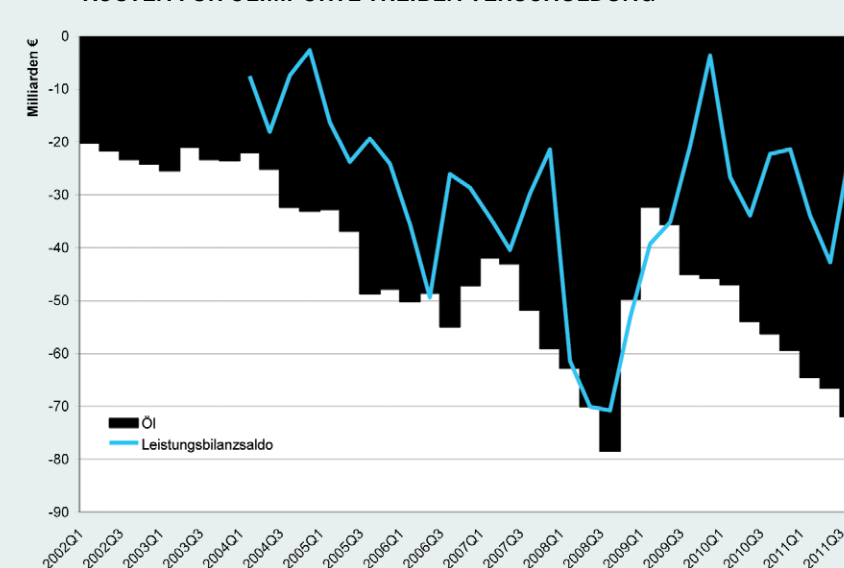


ABBILDUNG 3A
Leistungsbilanz³ und Nettoölimporte auf Quartalsbasis in Mrd. Euro



ABBILDUNG 3B
Entwicklung des Ölpreises (Sorte: Brent) in USD. Quelle: <http://www.goyax.de/oel-Chart>

³Eurostat-Daten für die Leistungsbilanz der EU-27 Staaten erst ab 2004, als zehn neue Mitgliedstaaten der Europäischen Union beitraten.

EUROZONE

Verengt man die Betrachtung auf die 17 Euroländer, so fiel das Leistungsbilanzdefizit mit rund 49 Mrd. € von Oktober 2010 bis September 2011 dank einiger exportstarker Staaten wie Deutschland, Niederlande und Finnland deutlich geringer aus. Die Ausgaben für den Import von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen beliefen sich im selben Zeitraum auf erdrückende 354 Mrd. €, also etwa das Siebenfache. Hier fordern die rohstoffhungrigen Industrienationen Deutschland, Frankreich und Italien ihren Tribut.

Abbildung 4 illustriert für die Eurozone, wie - analog zu den 27 EU-Staaten - durch die Rezession die Ausgaben für den Import von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen zurückgehen, um anschließend stark anzusteigen. Den Tiefpunkt markiert das zweite Quartal 2009 mit rund 50 Mrd. €, im dritten Quartal 2011 summieren sich die Kosten für Einfuhren bereits wieder auf knapp 93 Mrd. € und erreichen damit in etwa das Vorkrisenniveau - obwohl die Konjunktur in der Eurozone nach wie vor lahmte.

Während die importierte Menge von Öl, Gas und Kohle über die letzten zehn Jahre weitestgehend unverändert geblieben ist (vgl. Abbildung 5), nahmen die Kosten für Einfuhren deutlich zu. Die Euroländer sind mit ihren Bemühungen, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern, nicht wirklich vorangekommen. Aufgrund der Preissteigerungen der letzten Jahre gingen die Aufwendungen für Importe deutlich nach oben, was für viele Euroländer die Auslandsverschuldung erhöht und damit zur Instabilität der Währungsunion beiträgt.

ABBILDUNG 4
Leistungsbilanz und Nettoimporte auf Quartalsbasis in Mrd. Euro

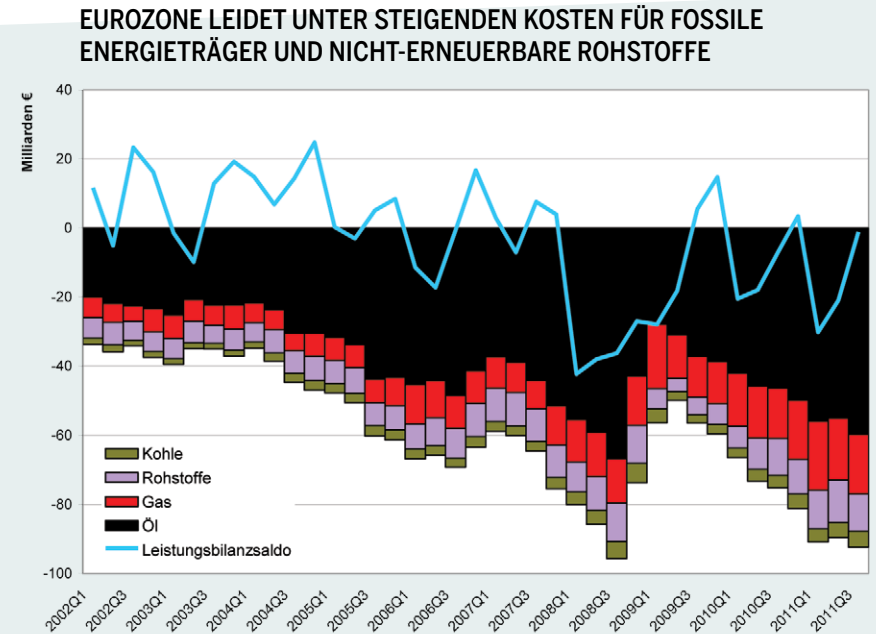
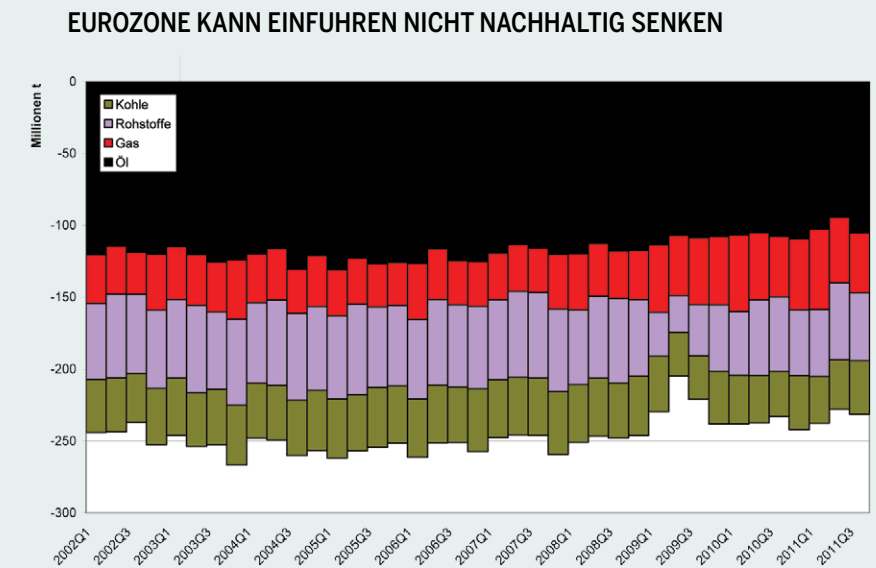
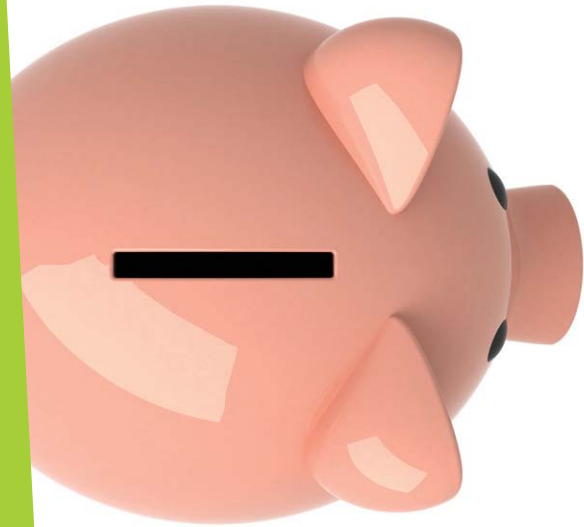


ABBILDUNG 5
Nettoimporte auf Quartalsbasis in Mio. Tonnen





EU-BÜRGERINNEN UND -BÜRGER ZAHLEN DIE RECHNUNG FÜR EIN NICHT NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSMODELL

Schon jetzt schlagen die Kosten für die Einfuhr von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen pro Kopf in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten mit durchschnittlich 812 € pro Jahr (Oktober 2010 bis September 2011) zu Buche. Abbildung 6 zeigt, dass Deutschland als Industrieland in diesem Zeitraum mit 1327 € pro Person deutlich

über dem EU-Durchschnitt liegt. Die Daten werden natürlich durch die unterschiedliche Industrieaktivität in den einzelnen Ländern und auch durch grenzüberschreitenden Handel beeinflusst. Trotzdem geben sie eine erste Orientierung, wie teuer unser nicht nachhaltiges Wirtschaftsmodell bereits jetzt ist.

Wie die internationale Energieagentur IEA jüngst errechnet hat,⁴ werden die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher 2012 so viel wie noch nie für Energie aufwenden müssen: Allein für Heizen, Beleuchtung, Kochen und Transport werden sie elf Prozent ihres verfügbaren Einkommens ausgeben. 2011 waren es noch neun Prozent,

der historische Mittelwert liegt bei sechs bis sieben Prozent.

Der rasante Anstieg der Energiekosten in den vergangenen Jahren wird sich angesichts knapper werdender Ressourcen weiter fortsetzen. Besonders hart trifft es dabei die unteren und mittleren Einkommenschichten, die einen überproportional großen Teil

ihres verfügbaren Einkommens für Energie ausgeben müssen. Weitere Kostensteigerungen bedeuten für sie gravierende Einschnitte in der Lebensqualität, denn höhere Ausgaben für Energie müssen sie durch Einschnitte in anderen Konsumbereichen ausgleichen.

VERBRAUCHER MÜSSEN FÜR IMPORTE TIEF IN DIE TASCHE GREIFEN

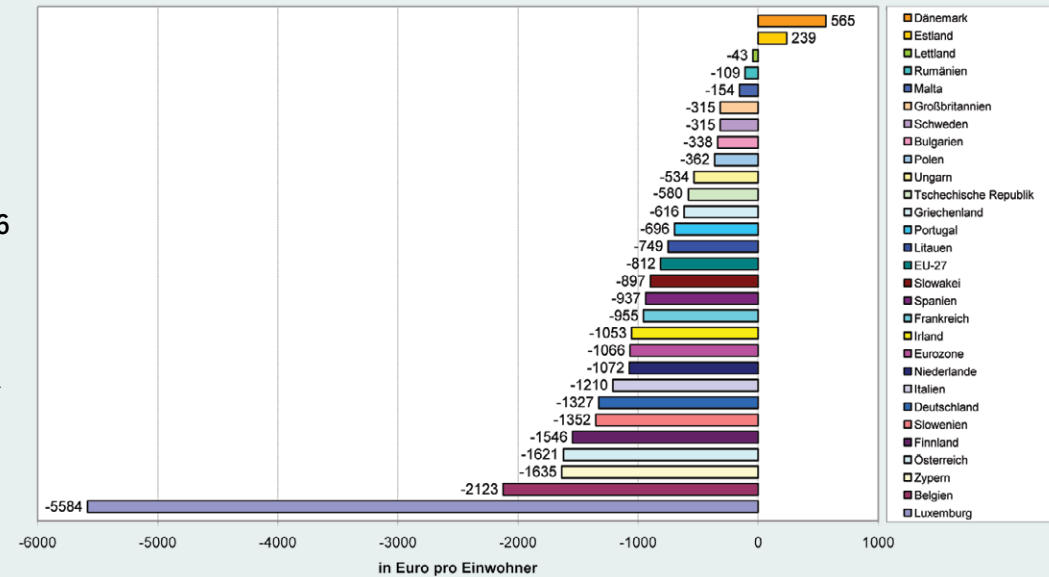


ABBILDUNG 6
Ausgaben (-) /
Einnahmen (+)
durch Öl, Gas,
Kohle, Elektrizität
und endliche Roh-
stoffe (10/2010-
09/2011).

EURO-SCHULDENLÄNDER

Für die derzeitigen Schuldenländer Portugal, Italien, Griechenland, Irland und Spanien sind die teuren Importe von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen besonders schmerzhaft. Weil insbesondere die Einfuhrkosten von Öl und Gas in den letzten Jahren - abgesehen von dem konjunkturbedingten Rückgang 2008/09 - ungebremst weiter wuchsen, blieben die Leistungsbilanzdefizite trotz Wirtschaftskrise auf besorgniserregenden Höhen.

Offensichtlich haben es auch die Krisenstaaten in der Vergangenheit versäumt, ihr Wirtschaftsmodell auf teurer werdende Ressourcen einzustellen und eine Energiewende einzuläuten. Obwohl die Wirtschaftsleistung der Schuldenländer noch immer deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus liegt, haben ihre Ausgaben für den Import von fossilen Energieträgern und anderen nicht-erneuerbaren Rohstoffen schon fast wieder die Höhe von 2007 erreicht.

Diese Importabhängigkeit erklärt einen großen Teil der Neuverschuldung gegenüber dem Ausland.

Der Vorwurf, die Schuldenländer hätten in der Vergangenheit „über ihre Verhältnisse“ gelebt, bedarf folglich einer Präzisierung: Sie haben auch über ihre ökologischen Verhältnisse gelebt - und tun es weiterhin. Die in allen Krisenländern eingeleiteten Sparanstrengungen zur Sanierung der öffentlichen und privaten

Haushalte führen alleine nicht zum Erfolg. Zur Lösung der Schuldenproblematik in den Krisenländern braucht es Reformen, die den Energie- und Rohstoffhunger ihres nicht nachhaltigen Wirtschaftsmodells bändigen.

Aufgrund mehrerer Sonderfaktoren, die in der folgenden Länderanalyse gesondert gewürdigt werden, lassen die Daten für Griechenland keine validen Rückschlüsse zu. Die Abhängigkeit von Energie-

und Rohstoffimporten ist jedoch auch in der Hellenischen Republik problematisch.

	Spanien	Italien	Griechenland ⁵	Portugal	Frankreich
Leistungsbilanzdefizit im dritten Quartal 2011 in Mrd. €	6,39	8,21	2,31	1,63	8,67
Anstieg der Rohstoffimportkosten zwischen dem ersten Quartal 2009 und dem dritten Quartal 2011 in Mrd. €	4,03	4,63	-	0,63	5,66
Anteil dieses Anstiegs am Leistungsbilanzdefizit im dritten Quartal 2011	63%	56%	-	39%	65%



SPANIEN

Besonders dramatisch sieht die Lage in Spanien aus. Analog zur Entwicklung in der Eurozone gingen mit der Rezession die Importkosten fossiler Energieträger kurzfristig zurück. Seither gelang es Spanien immerhin, seine Ausgaben für Gasimporte einigermaßen konstant zu halten. Die Leistungsbilanz ist jedoch noch immer deutlich negativ.

Schuld daran sind die Kostensteigerungen von Öleinfuhren, die sich in den vergangenen drei Jahren wieder massiv ausweiteten, von 3,4 Mrd. € (Q1 2009) auf zuletzt 7,2 Mrd. € (Q3 2011). Da die spanische Wirtschaft auch 2011 nur um 0,7 % wuchs, bedeuten die Mehrausgaben für den Import des schwarzen Goldes eine zusätzliche Belastung für das ohnehin hoch

verschuldete Land. Ohne den Anstieg der Kosten für Importe von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen wäre die Leistungsbilanz (6,3 Mrd. € im dritten Quartal 2011) praktisch ausgeglichen und Spanien müsste sich nicht mehr weiter verschulden. Dass die Anpassung der Leistungsbilanz noch nicht gelang, ist also alleine schon durch die gestiegenen Ölimportkosten zu erklären.

Die anhaltende Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zeigt auch Abbildung 8: Die importierten Mengen von Öl und Gas sinken seit zehn Jahren nur leicht, lediglich Kohle und andere nicht-erneuerbare Rohstoffe werden seit Ausbruch der Krise 2008/2009 in geringeren Mengen eingeführt.

ABBILDUNG 7
Leistungsbilanz und Nettoimporte auf Quartalsbasis in Mrd. Euro

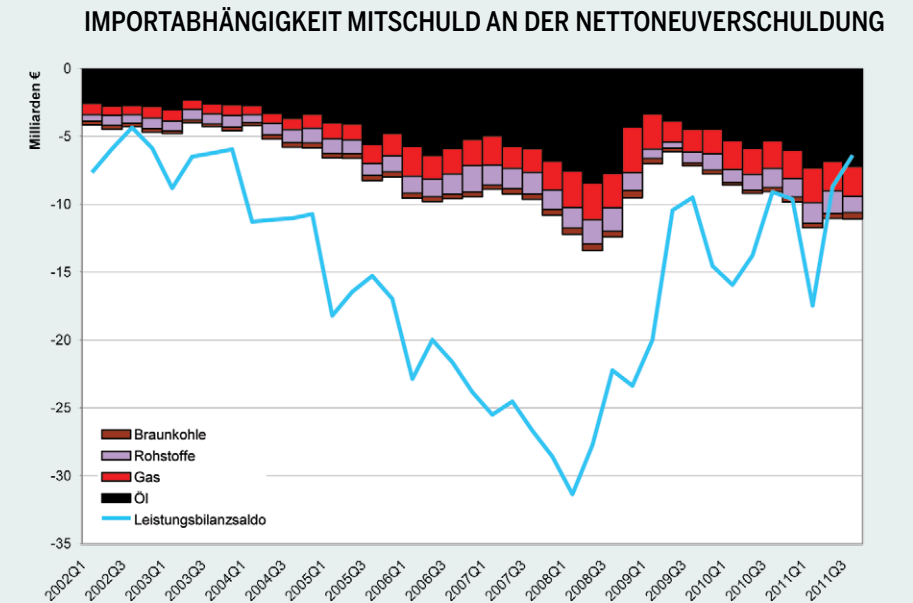
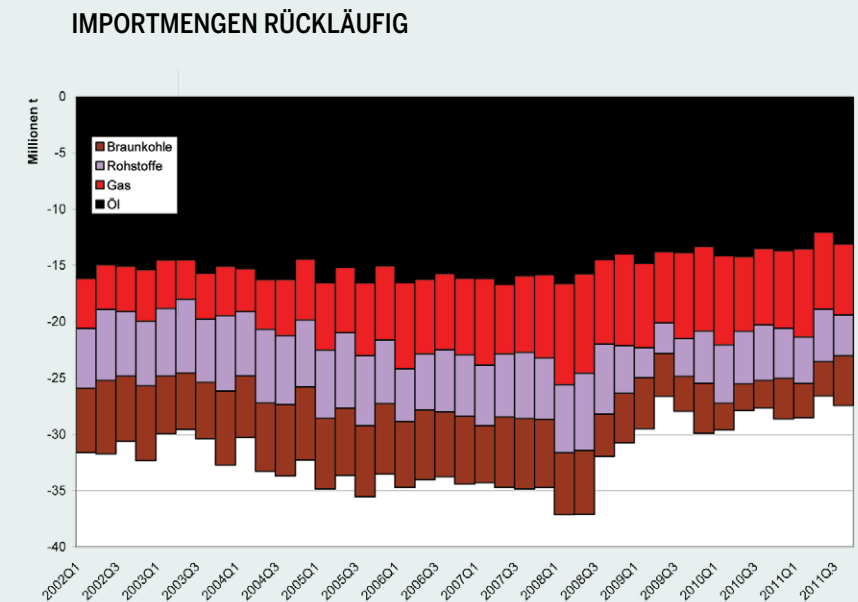


ABBILDUNG 8
Nettoimporte auf Quartalsbasis in Mio. Tonnen



ITALIEN

Auch um die Nachhaltigkeit des italienischen Wirtschaftsmodells ist es schlecht bestellt. Italiens Energiehunger wuchert: Die Ölimportkosten haben sich seit Ausbruch der Krise von etwa 19 Mrd. € (2009) auf über 31 Mrd. € (Okt. 2010 bis Sept. 2011) um mehr als das Eineinhalbfache erhöht, obwohl die

Wirtschaftsleistung 2011 nur mit mageren 0,2 % wuchs. Weitere 22 Mrd. € kostete die Einfuhr von Gas im selben Zeitraum.

Allein die Steigerungen bei den Importausgaben für fossile Energieträger und andere nicht-erneuerbare Rohstoffe seit Anfang 2009 summieren

sich auf den Betrag des Leistungsbilanzdefizits im dritten Quartal 2011 in Höhe von etwa 8 Mrd. €.

Dass Italien zu den Ressourcen verschlingenden Industrienationen gehört, lässt sich auch an den auffallend hohen Importkosten von anderen endlichen Rohstoffen erken-

nen. Mit 3,6 Mrd. € (drittes Quartal 2011) machten sie zuletzt etwa 43 % des italienischen Leistungsbilanzdefizits aus.

Analog zu den Kostensteigerungen wuchs auch die eingeführte Menge von fossilen Energieträgern und nicht-erneuerbaren Rohstoffen seit

Anfang 2009 (vgl. Abbildung 10). Zusätzliche Gaseinfuhren in Höhe von 11,2 Mio. Tonnen (drittes Quartal 2011) ließen die importierte Menge aller fossiler Energieträger und endlicher Rohstoffe um 32 % von 33,9 Mio. Tonnen (viertes Quartal 2008) auf 44,8 Mio. Tonnen anwachsen.

IMPORTKOSTEN FÜR FOSSILE ENERGIETRÄGER UND ROHSTOFFE STEIGEN

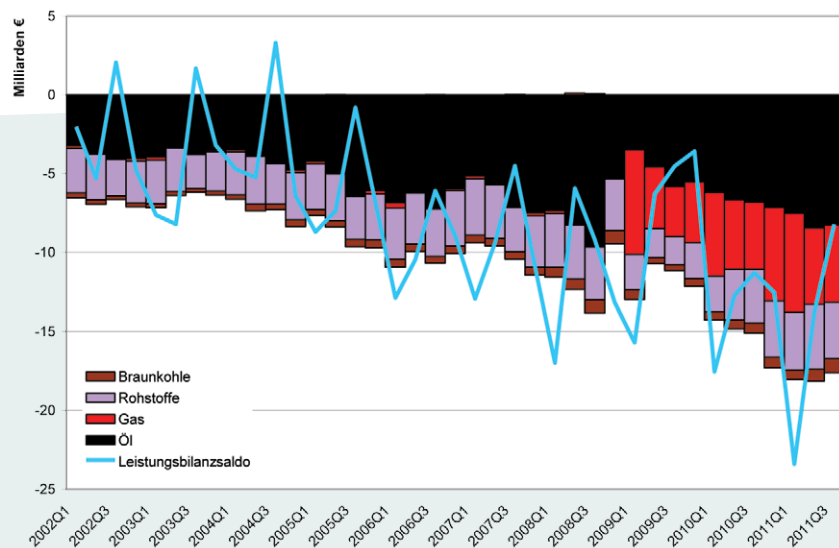


ABBILDUNG 9 Leistungsbilanz und Nettoexporte (+) / Nettoimporte (-) auf Quartalsbasis in Mrd. Euro

ENERGIE- UND ROHSTOFFHUNGER UNGEBREMST

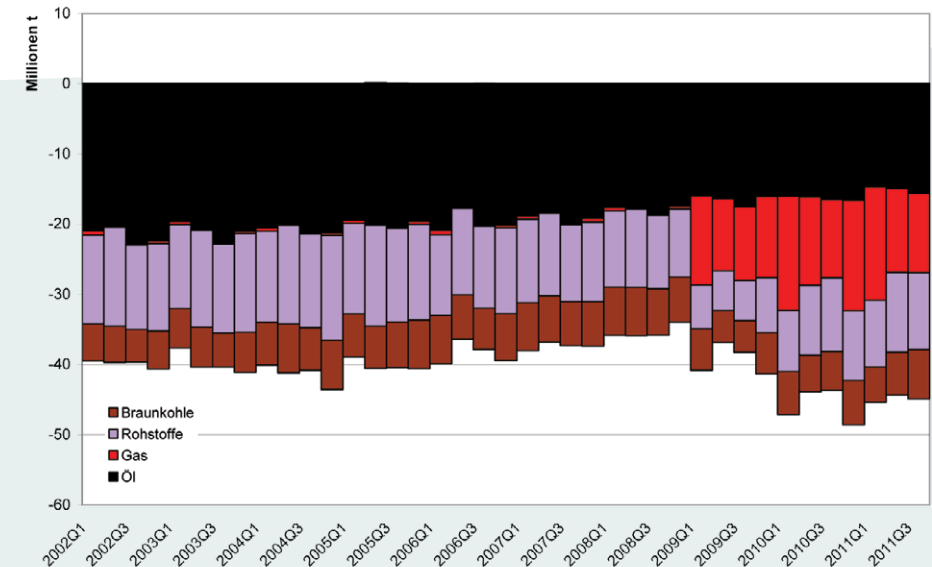


ABBILDUNG 10 Nettoimporte (-) / Nettoexporte (+) auf Quartalsbasis in Mio. Tonnen

PORTUGAL

Für Portugal ergibt sich ein ähnliches Bild wie für Spanien und Italien, wenngleich es nicht ganz so dramatisch ausfällt. Aber auch hier ist der Trend eindeutig: Nach einem Rückgang der Preise in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise steigen die Importkosten seither wieder erkennbar an.

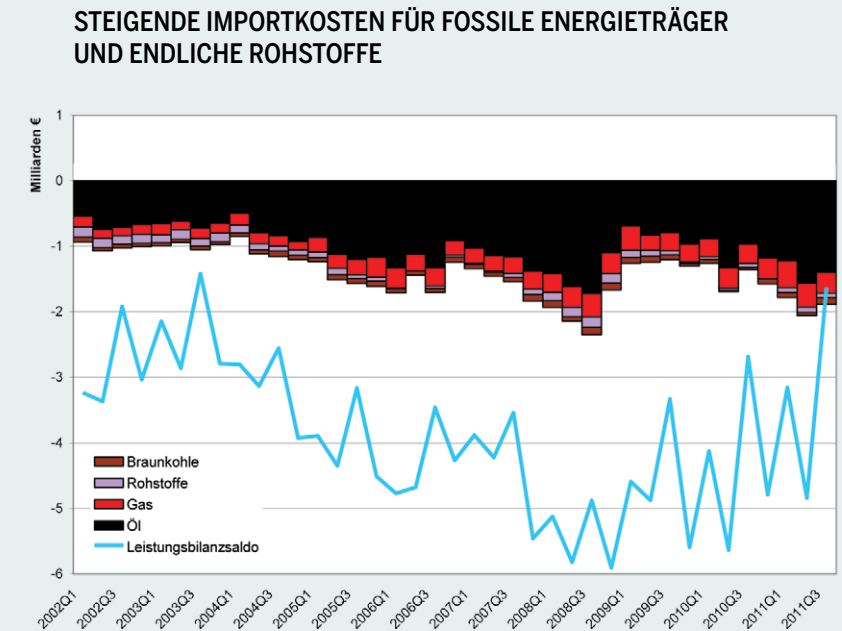
Die Kosten für den Import von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen binnen Jahresfrist betragen mit 7,3 Mrd. € (Okt. 2010 bis Sept. 2011) gut das Eineinhalbfache des Krisenwerts von etwas über 5 Mrd. € (2009). Zwar hat sich das portugie-

sische Leistungsbilanzdefizit jüngst deutlich reduziert, doch ohne teure Einfuhren könnte die Leistungsbilanz positiv sein.

Dass Portugal in einer tiefen Rezession steckt, wird auch aus Abbildung 12 ersichtlich: Während die Importkosten steigen, gehen aufgrund eines geringeren Bedarfs die eingeführten Mengen von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen erkennbar zurück. Die Preiserhöhungen haben also den geringeren Einfuhrbedarf überkompensiert.

ABBILDUNG 11

Leistungsbilanz und Nettoimporte (-) / Nettoexporte (+) auf Quartalsbasis in Mrd. Euro



IMPORTMENGEN SINKEN DURCH REZESSION DEUTLICH

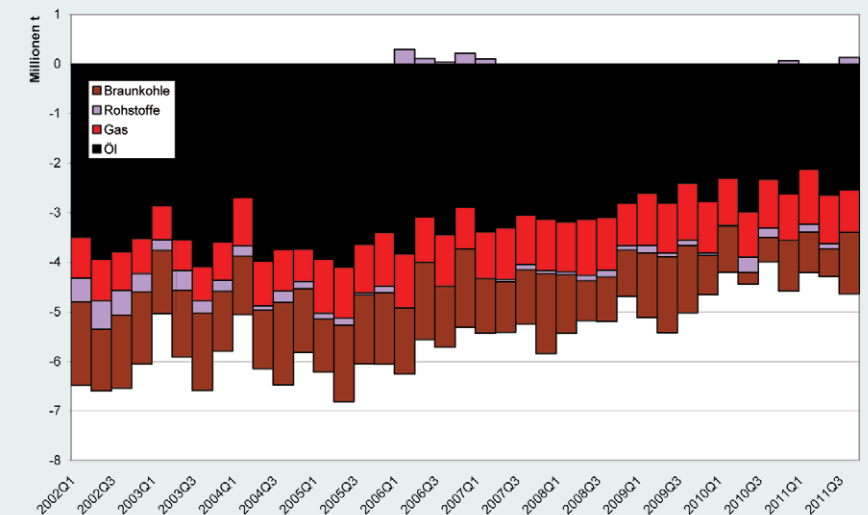


ABBILDUNG 12

Nettoimporte (-) / Nettoexporte (+) auf Quartalsbasis in Mio. Tonnen

GRIECHENLAND

In Griechenland sind sowohl Leistungsbilanzdefizit als auch Kosten für Ölimporte seit einem Jahr rückläufig. Grund zur Entwarnung besteht dennoch nicht. Denn der jüngste Rückgang ist lediglich Ausdruck der anhaltenden Rezession

mit darniederliegenden Unternehmen, wachsender Armut und großer Arbeitslosigkeit und nicht Zeugnis eines auf Nachhaltigkeit getrimmten Wirtschaftsmodells. Die schlechte wirtschaftliche Lage der Hellenischen Repub-

lik spiegelt sich in rückläufigen Importmengen wider (vgl. Abbildung 14). Die mehrjährige Rezession führt dazu, dass der inländische Ölverbrauch von Haushalten und Unternehmen rückläufig ist.

Die Öleinfuhren gehen auch 2012 weiter zurück, allerdings aus einem anderen Grund: Nachdem Griechenland mit seinen Energierechnungen deutlich im Rückstand ist, haben einige Anbieter ihre Lieferungen eingestellt. Griechenland braucht aus diesem Grund derzeit seine Ölreserven auf. Noch kann es von

seinem großen Lager in Piräus zehren, dem zweitwichtigsten Ölhafen Europas nach Rotterdam. Zusätzliche Engpässe ergeben sich durch den Lieferstopp Irans, der damit dem gegen ihn verhängten EU-Embargo zuvorkommt. Der Iran deckte 2010 etwa 7 % und 2011 rund ein Viertel der griechischen Ölimporte ab. Nun hat am 10. April 2012 die unter staatlicher Kontrolle befindliche iranische Ölgesellschaft ELPE die Öllieferungen nach Griechenland eingestellt. Importe aus Russland, Saudi Arabien und Nordafrika sollen den Ausfall kompensieren.

Insofern handelt es sich bei den in den Grafiken dargestellten aktuell geringen Einfuhren nach Griechenland um eine nicht aussagekräftige Momentaufnahme, geprägt durch Sonderfaktoren. Sobald die Wirtschaft wieder Fahrt aufnehmen kann - was allerdings nicht vor Mitte 2013 erwartet wird - steht zu befürchten, dass auch der Import von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen wieder zunehmen wird. Dies wird neue Kosten und die Gefahr neuer Schulden nach sich ziehen.

KOSTENRÜCKGANG FÜR ÖLIMPORTE NUR VORÜBERGEHEND

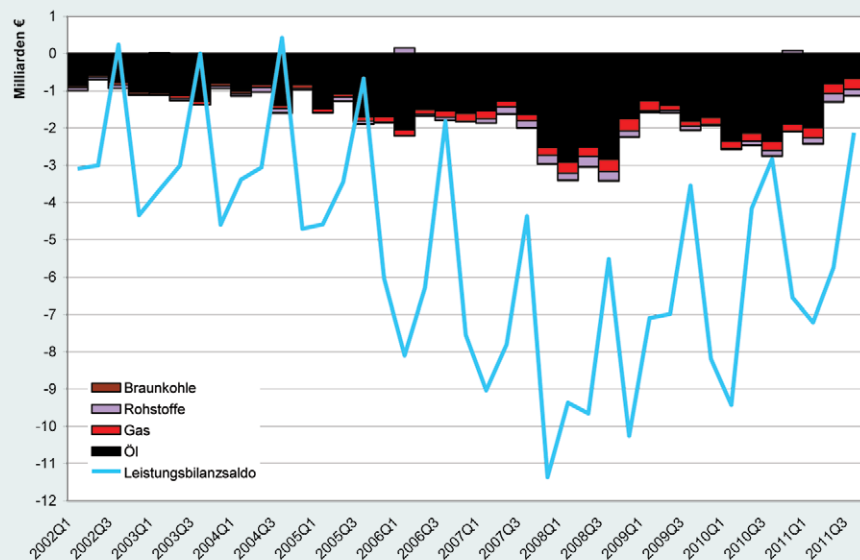


ABBILDUNG 13
Leistungsbilanz und Nettoexporte (+) / Nettoimporte (-) auf Quartalsbasis in Mrd. Euro

ÖLIMPORTMENGEN AUFGRUND VON SONDERFAKTOREN RÜCKLÄUFIG

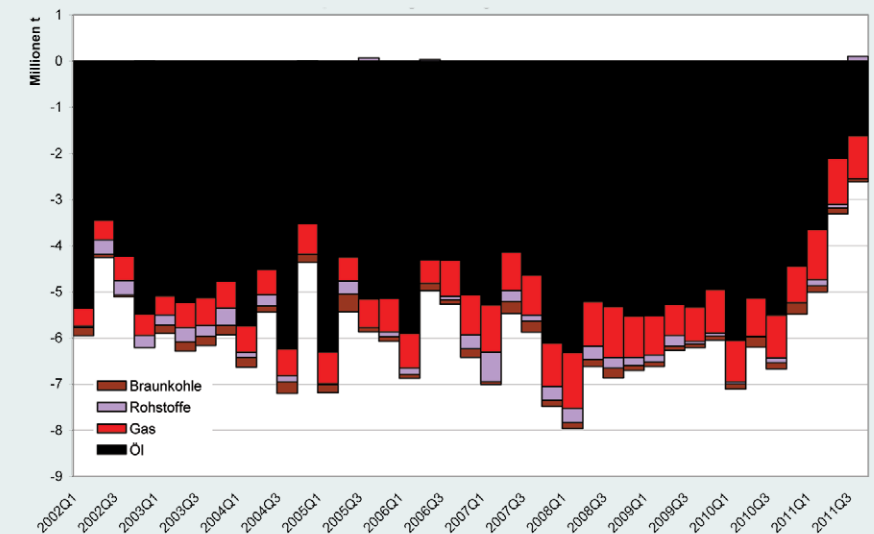


ABBILDUNG 14
Nettoimporte (-) / Nettoexporte (+) auf Quartalsbasis in Mio. Tonnen



IRLAND

Seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise schaffte es Irland, seine Importkosten fossiler Energieträger halbwegs stabil zu halten. Dies gelang unter anderem deshalb, weil aufgrund der schwachen Binnennachfrage weniger Öl importiert werden muss (vgl. Abbildung 16): Im Vergleich zum vierten Quartal 2008 (2,1 Mio. Tonnen) führte Irland im dritten Quartal 2011 (1,5 Mio. Tonnen) 29 % weniger Öl ein.

Der für nachhaltiges Wirtschaften erforderliche Rückgang aller Ressourceneinfuhren ist jedoch nicht erkennbar. Immerhin sorgen die derzeit konstanten Importkosten mit dafür, dass Irland inzwischen sogar wieder Leistungsbilanzüberschüsse erzielt. Hintergrund ist hier aber ebenso der Einbruch der Binnennachfrage als Folge der akuten Krise.

ABBILDUNG 15

Leistungsbilanz und Nettoexporte (+) / Nettoimporte (-) auf Quartalsbasis in Mrd. Euro

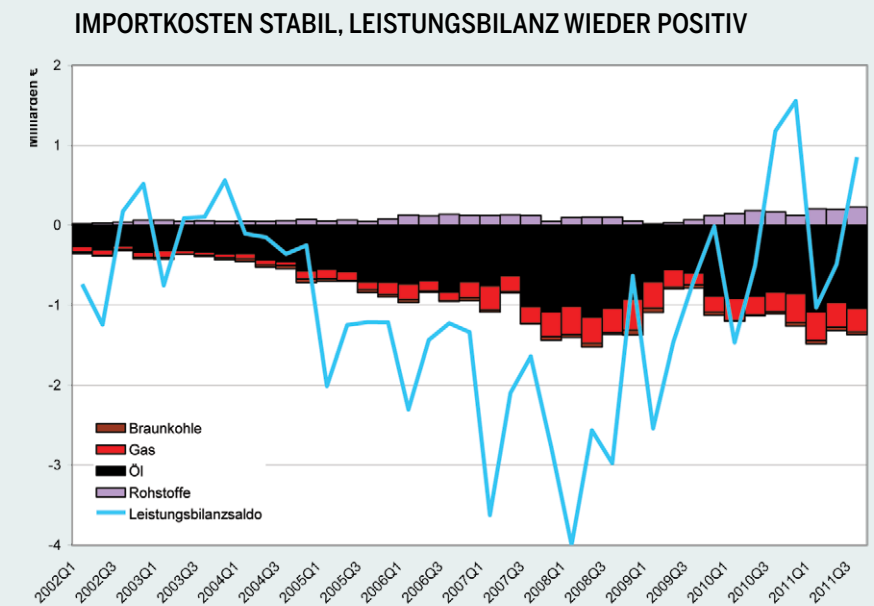
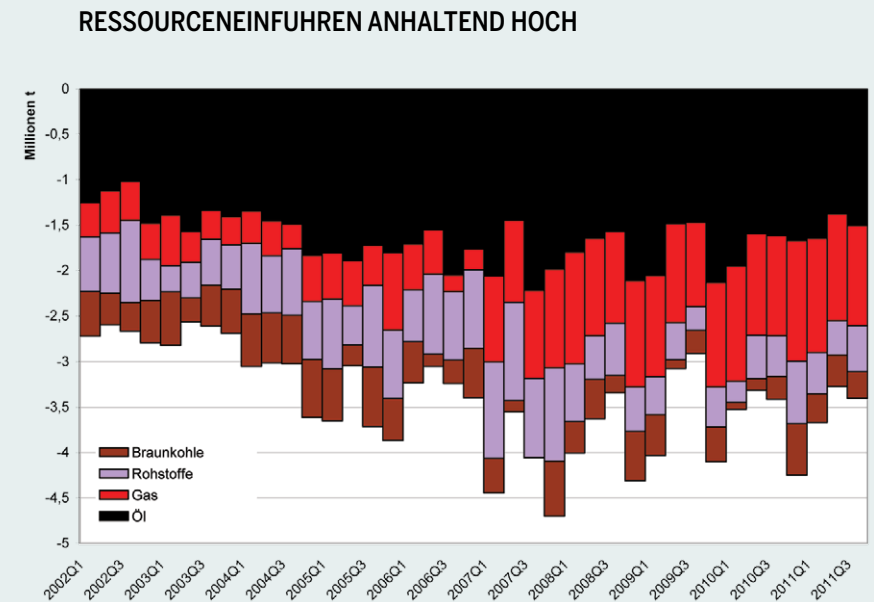


ABBILDUNG 16

Nettoimporte auf Quartalsbasis in Mio. Tonnen



ROBUSTE EU- VOLKSWIRTSCHAFTEN

Neben den in finanziellen Schwierigkeiten befindlichen Schuldenländern haben auch die relativ stabilen Volkswirtschaften ein Problem mit steigenden Kosten für Energieträger-Importe.

Blieben Deutschland und Frankreich von der Eurokrise bis jetzt im Vergleich zu den Krisenländern weitgehend verschont, so droht auch ihnen bald ein Energiekostenproblem.



FRANKREICH

Frankreich muss - abgesehen vom Einbruch der Importkosten in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 - wie der Rest Europas jedes Jahr mehr Geld für fossile Energieträger und andere endliche Rohstoffe aufbringen. Parallel zu den Ausweitungen der Importkosten drehte die Leistungsbilanz Frankreichs Ende 2004 ins Minus und blieb seither negativ. Während Frankreich seine Ausgaben für Gas- und Kohleimporte seit 2009 einigermaßen stabil halten konnte, gab das Land zuletzt mit 12,2 Mrd. € (drittes Quartal 2011) mehr als doppelt

soviel für Ölimporte aus wie noch im ersten Quartal 2009 (5,6 Mrd. €).

Die Gesamtkosten für den Nettoimport von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen summierten sich in den zwölf Monaten von Oktober 2010 bis September 2011 auf etwa 60 Mrd. €, das Leistungsbilanzdefizit betrug im selben Zeitraum gut 48 Mrd. €. Die Einfuhr von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen zieht die Leistungsbilanz Frankreichs also beträchtlich ins Negative.

Auf Dauer ist das wachsende Leistungsbilanzdefizit eines so großen Eurolandes wie Frankreich für die Stabilität des Euro besorgniserregend.

Neben den Preissteigerungen ist die starke Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und nicht-erneuerbaren Rohstoffen auch der Tatsache geschuldet, dass Frankreich seine Importmengen (insgesamt 146 Mio. Tonnen von Oktober 2010 bis September 2011) im Vergleich zum Vorkrisenniveau (141 Mio. Tonnen im Jahr 2007) nicht verringern konnte (vgl. Abbildung 18).

ENERGIEIMPORTE DRÜCKEN LEISTUNGSBILANZ FRANKREICHS

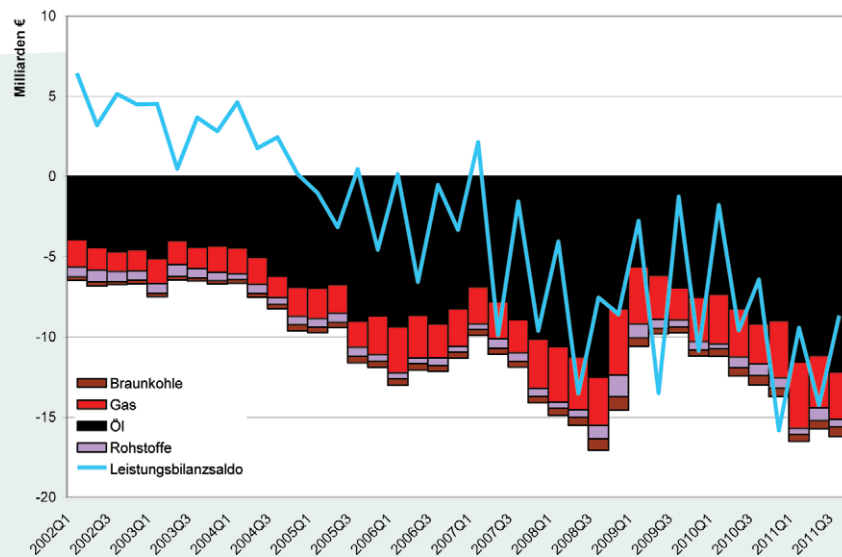


ABBILDUNG 17
Leistungsbilanz und
Nettoimporte auf Quar-
talsbasis in Mrd. Euro

IMPORTMENGEN HABEN VORKRISENNIVEAU WIEDER ERREICHT

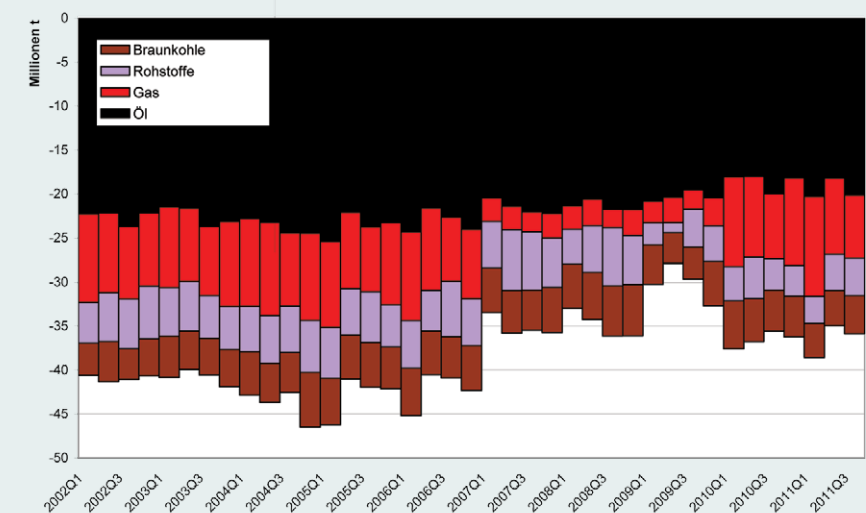


ABBILDUNG 18
Nettoimporte auf
Quartalsbasis in Mio.
Tonnen

DEUTSCHLAND

Deutschland als rohstoffarmes Industrieland ist besonders auf Importe angewiesen. Von Oktober 2010 bis September 2011 verbuchte der Exportweltmeister zwar einen Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von knapp 141 Mrd. €. Gleichzeitig mussten wir für den Import von fossilen Energieträgern und anderen Rohstoffen gut 108 Mrd. € aufwenden, was im Überschuss schon enthalten ist. Mit 26

% ist der Anteil Deutschlands an den gesamten EU-Energieträger- und Rohstoffimporten größer als der Beitrag der Bundesrepublik zur EU-Wirtschaftsleistung (etwa 20 %). Da in der Zukunft mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen ist, werden auch die Kosten für Einfuhren weiter zunehmen.

Auch in Deutschland ist der Energiehunger also weitge-

hend ungezügelt. Zwar steigt der Anteil der Erneuerbaren Energien hierzulande beständig, doch eine Trendwende bei der Importabhängigkeit konnte bislang nicht erreicht werden. In den zwölf Monaten von Oktober 2010 bis September 2011 führte Deutschland insgesamt 262 Mio. Tonnen an fossilen Energieträgern und endlichen Rohstoffen ein, im Vergleich zu 265 Mio. Tonnen im Jahr 2002. Man kann demnach allenfalls von einer dämpfenden Wirkung auf die notwendigen Importe fossiler Energieträger sprechen. Die Materialeffizienzsteigerungen in der Industrie sowie die Einsparungen durch Gebäudesanierungen wurden von der stetig wachsenden Produktion vollständig aufgefressen. Die Trendwende wäre erst dann erreicht,

wenn weniger fossile Energieträger und nicht-erneuerbare Rohstoffe importiert werden müssen.

Jüngst sank der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands leicht. Dies allerdings ist weniger Ausdruck einer langsamen Angleichung der Leistungsbilanzen international, sondern vielmehr das Ergebnis gestiegener Rohstoffimportkosten. So sank der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands von seinem Höchststand von 55 Mrd. € im vierten Quartal 2007 auf 30 Mrd. € im dritten Quartal 2011 (minus 45 %). Genau entgegengesetzt entwickelten sich die gesamten Rohstoffimportkosten, die im selben Zeitraum von 22 Mrd. € auf 29 Mrd. € stiegen (plus 32 %).

Während die Ausgaben für Gas- und Kohleimporte in den vergangenen Jahren halbwegs stabil blieben, stiegen die Kosten für Ölimporte kontinuierlich an: von 7,5 Mrd. € (Q2 2009) auf jüngst 17,3 Mrd. € (Q3 2011). Da die eingeführte Menge an Öl (vgl. Abbildung 20) nahezu unverändert blieb, ist der Kostenanstieg auf Preiserhöhungen zurückzuführen.

Nicht nur Kostensteigerungen bei fossilen Energieträgern bereiten Probleme, auch die Importkosten für andere nicht-erneuerbare Rohstoffe nahmen erheblich zu: Für Deutschland haben sich die Ausgaben für die Einfuhr von endlichen Rohstoffen im Vergleich von 2002 zu 2011 mehr als verdoppelt.

STEIGENDE IMPORTKOSTEN BELASTEN DEN EXPORTWELTMEISTER

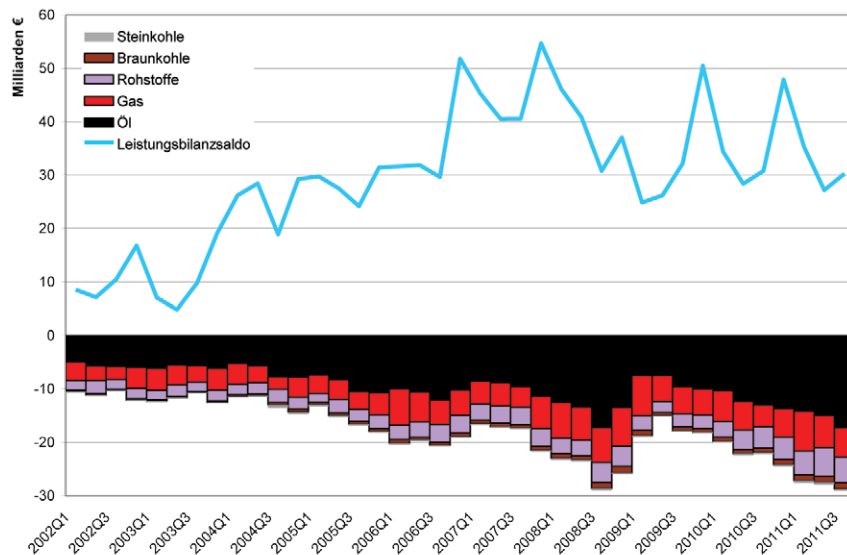


ABBILDUNG 19
Leistungsbilanz und Nettoimporte auf Quartalsbasis in Mrd. Euro

NOTWENDIGKEIT ZU ENERGIE-EINFUHREN UNGEBROCHEN

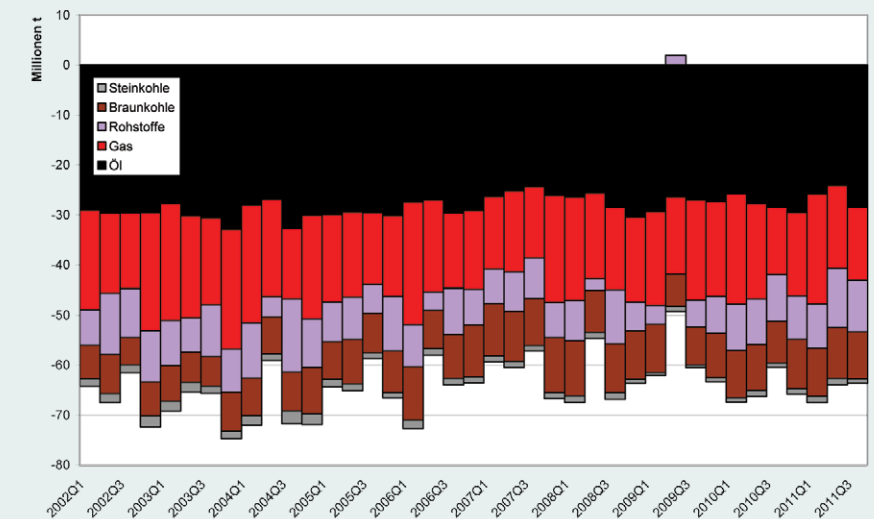


ABBILDUNG 20
Nettoexporte (+) / Nettoimporte (-) auf Quartalsbasis in Mio. Tonnen

Neben den Preissteigerungen auf dem Weltmarkt ist dies ein klares Indiz dafür, dass die Steigerungen der Ressourcenproduktivität den durch das Wirtschaftswachstum erhöhten Bedarf in der Industrie nicht kompensieren konnten. Ein Umsteuern hin zu größerer Materialeffizienz ist folglich überfällig. Doch damit nicht genug. Mittelfristig muss ein Umdenken stattfin-

den: Nicht die Steigerung von Produktionszahlen ins Unendliche darf Ziel unseres Wirtschaftens sein, sondern auch die Begrenzung der Mengen unnützen materiellen Konsums. In diesem Zusammenhang muss insbesondere der sogenannten geplanten Obsoleszenz bei Konsumgütern Einhalt geboten werden, die dafür verantwortlich ist, dass etwa elektronische Geräte

nach einer gewissen Zeit von selbst kaputt gehen, damit neue gekauft werden.

Entwarnung kann auch deshalb nicht gegeben werden, weil der Leistungsbilanzüberschuss seinen Grund in einer hohen Sparquote bei gleichzeitig geringer Investitionsrate findet. Angesichts des demographischen Wandels der deutschen Gesellschaft ist

eine hohe Sparneigung nicht überraschend. Auch die gewachsene soziale Ungleichheit in unserem Land hat die Sparquote erhöht. Jedoch wird das gesparte Geld nicht in Deutschland investiert, sondern fließt ins Ausland. Und das, obwohl keineswegs sicher ist, ob diese Auslandsinvestitionen und -kredite wirklich mit Erträgen zurückfließen werden.

Langfristig schränkt die geringe Investitionsfreude hierzulande die Schaffung von Zukunftsarbeitsplätzen ein. Oder anders gesagt: Noch können wir unsere Energierechnung bezahlen, aber ohne strukturelle Reformen und einen Umbau der Energieerzeugung wird dies in Zukunft schwieriger werden.



DEUTSCHLAND: KOSTEN FÜR ROHSTOFF-IMPORTE MEHR ALS VERDOPPELT

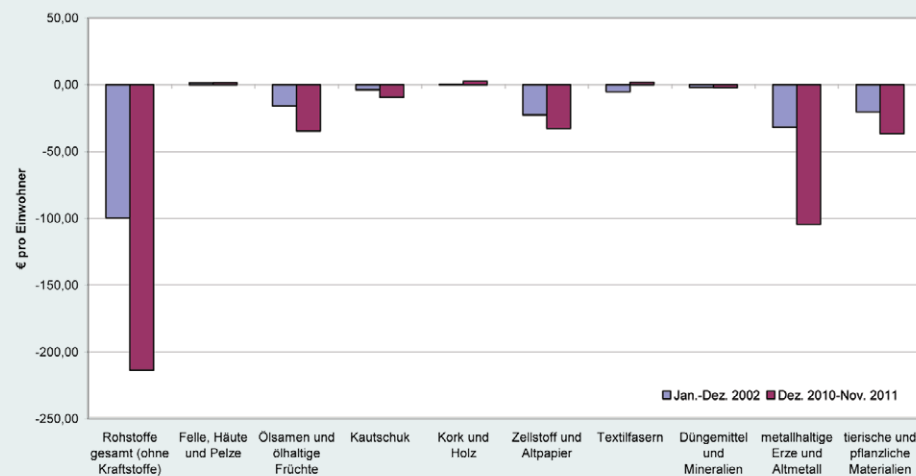


ABBILDUNG 21
Ausgaben für Nettoimporte (-) / Einnahmen durch Nettoexporte (+) in Euro pro Einwohner

DEUTSCHLAND: GERINGE INVESTITIONSQUOTE KOSTET ZUKUNFTSCHANCEN

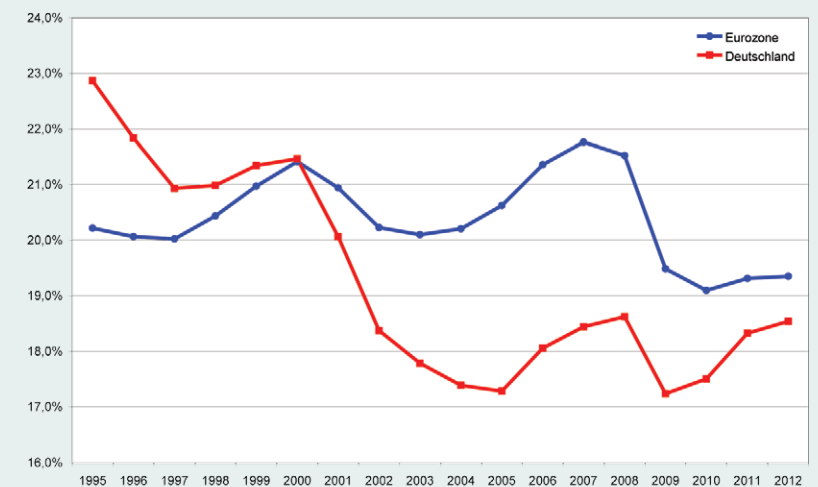


ABBILDUNG 22
Bruttoinvestitionen in Prozent des BIP

MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHE LÄNDER (MOEL)

Ein Blick auf die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) führt die Auswirkungen auch ihres nicht nachhaltigen Wirtschaftsmodells vor Augen. Beispielhaft seien zwei Staaten herausgegriffen, deren Importkosten fossiler Energieträger sich besonders auffällig entwickelten: Polen und die Slowakei.



POLEN

Bei Polen sticht zunächst der Gleichlauf von Leistungsbilanzdefizit und Importausgaben hervor: Nach einem zeitweiligen Rückgang haben sich die Kosten für Öleinfuhren innerhalb eines Jahres von 7,2 Mrd. € (2009) auf 12,2 Mrd. € (Okt. 2010 bis Sept. 2011) deutlich gesteigert. Auch die Kosten für den Import anderer endlicher Rohstoffe befinden sich deutlich über dem

Vorkrisenniveau und belaufen sich mit 600 Mio. € (Q3 2011) auf 13 % des Leistungsbilanzdefizits.

Schuld daran sind in erster Linie Preissteigerungen, denn die Importmengen von Öl und nicht-erneuerbaren Rohstoffen haben sich seit Anfang 2009 kaum verändert (vgl. Abbildung 24).

ABBILDUNG 23
Leistungsbilanz und Nettoexporte (+) / Nettoimporte (-) auf Quartalsbasis in Mrd. Euro

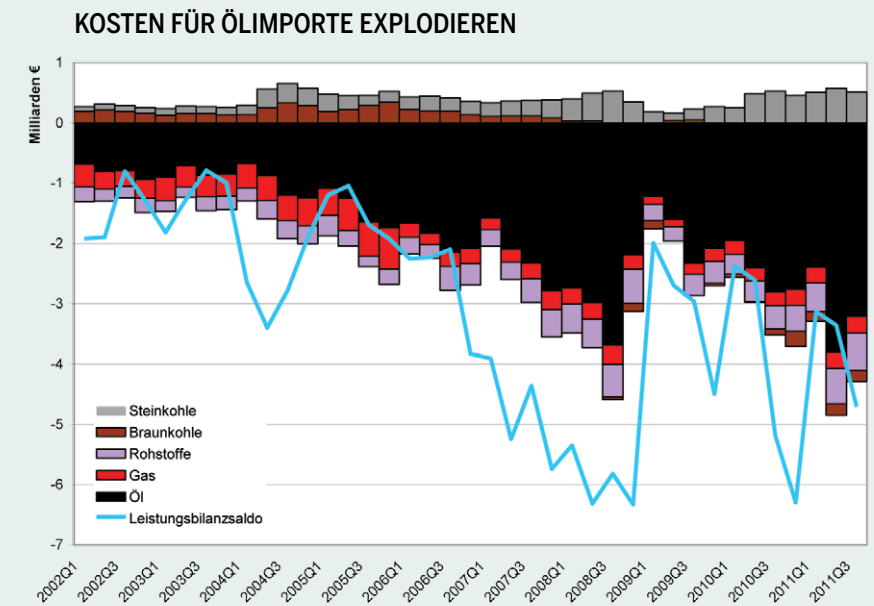
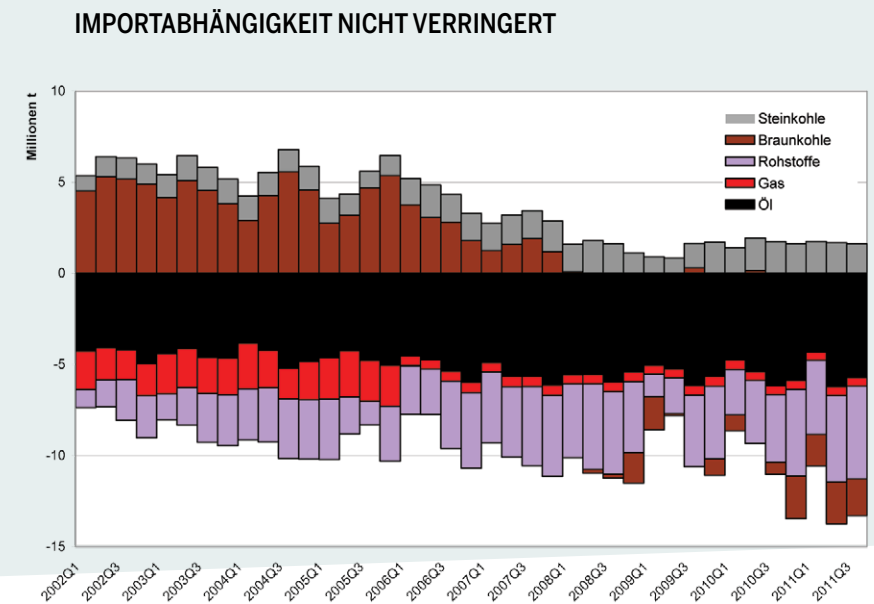


ABBILDUNG 24
Nettoexporte (+) / Nettoimporte (-) auf Quartalsbasis in Mio. Tonnen



SLOWAKEI

Die Leistungsbilanz der Slowakei drehte zuletzt zwar leicht ins Positive, doch kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch hier die Kosten für den Import fossiler Energieträger seit 2008/09 wieder stetig steigen. Insbesondere für Gas und Kohle (sowohl Braun- als auch Steinkohle) musste die Slowa-

kei mehr Geld ausgeben. Aber auch die Kosten der Ölimporte haben ihre alte Höchstmarke wieder erreicht.

Von Oktober 2010 bis September 2011 summierten sich die Importe von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen auf 4,9 Mrd. €, das ist gut fünf Mal so viel

wie das Leistungsbilanzdefizit der letzten zwölf Monate in Höhe von 900 Mio. €.

Dass die Ressourcenproduktivität in der Slowakei relativ schlecht ist, zeigte sich im Vergleich der Pro-Kopf-Ausgaben für die Einfuhr von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen (vgl. Abbildung 6, Seite 13), in

dem die Slowakei zusammen mit Slowenien von den MOEL die höchsten Ausgaben aufweist. Hoffnung machen jedoch die seit der Finanz- und Wirtschaftskrise gesunkenen Importmengen (vgl. Abbildung 26) von Kohle, Gas und endlichen Rohstoffen - trotz starken Wirtschaftswachstums von 3,3 % des BIP im Jahr 2011.

STEIGENDE IMPORTKOSTEN FÜR FOSSILE ENERGIETRÄGER

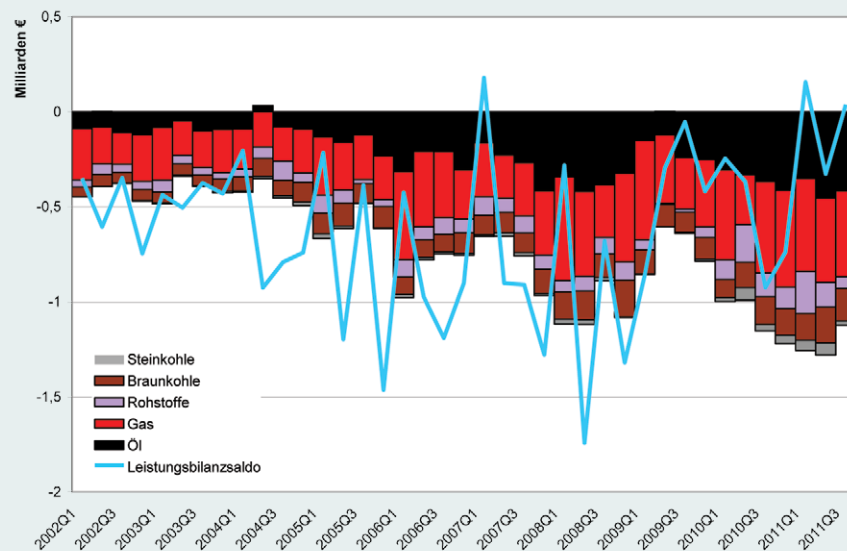


ABBILDUNG 25
Leistungsbilanz und
Nettoexporte (+) /
Nettoimporte (-) auf
Quartalsbasis in Mrd.
Euro

IMPORTMENGEN LEICHT RÜCKLÄUFIG, ABHÄNGIGKEIT VON ÖL UNVERMINDERT

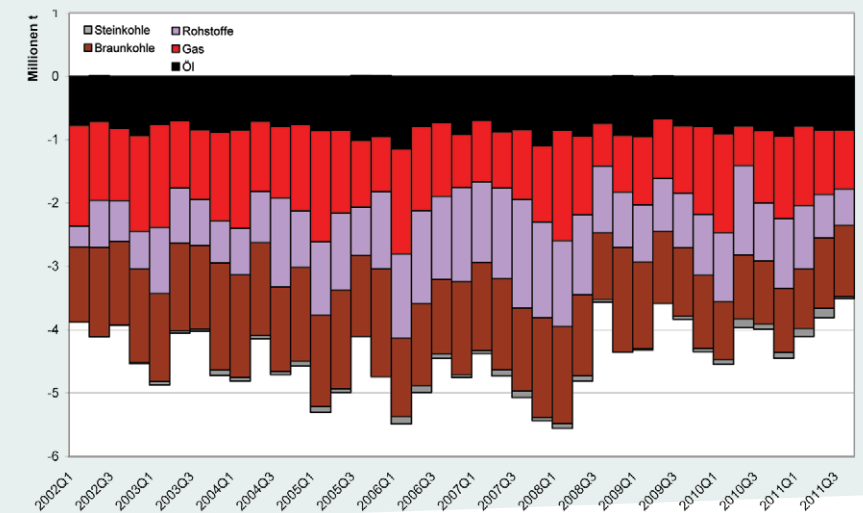


ABBILDUNG 26
Nettoexporte (+) /
Nettoimporte (-) auf
Quartalsbasis in Mio.
Tonnen

GREEN NEW DEAL



Das vorliegende Arbeitspapier zeigt, dass ein nicht unerheblicher Teil des Leistungsbilanzdefizits einiger Euroländer auf den Import von fossilen Energieträgern und nicht-erneuerbaren Rohstoffen zurückzuführen ist. Würde es gelingen, durch einen Umbau der Energieversorgung auf einen bedeutsamen Teil dieser Einfuhren zu verzichten, fielen die Defizite in den Leistungsbilanzen der Schuldenländer geringer aus und die Eurozone würde um einiges stabiler.

Es ist möglich, dass eine erfolgreiche Verminderung der Importabhängigkeit durch Wechselkursanpassungen letztlich die gleichen Muster von Leistungsbilanz-

überschüssen und -defiziten hervorbringen würde. Eine Euro-Aufwertung könnte zu neuen Leistungsbilanzdefiziten der heutigen Schuldenländer führen. Das Problem der internen Ungleichgewichte wäre damit nicht gelöst. Allerdings hängt die Anpassung der Wechselkurse von mehreren Faktoren ab und ist keineswegs sicher.

Gewiss ist jedoch, dass konstante Importmengen bei gleichzeitig steigenden Preisen eine Gefahr für Wirtschaft, Umwelt und Verbraucher darstellen. Dieses Problem kann nur gelöst werden, indem wir die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen

abschütteln. Eine Möglichkeit dazu bietet der Green New Deal, ein konkretes Maßnahmenpaket zur ökologischen und sozialen Transformation unserer Wirtschaft. Drei Säulen bilden das Fundament dieses Green New Deal: Die erste ist die Neuregulierung der Finanzmärkte, um sie zur Finanzierung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung anzuhalten und exzessive Spekulation einzudämmen. Die zweite Säule sind starke Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Gerechtigkeit. Marktanreize wie ökologische Steuern, Abbau umweltschädlicher Subventionen, ein ökologischer und sozialer Ordnungsrahmen (wie z.B. CO₂-Grenzwerte für PKW),

ökologische Nachfrageimpulse (z.B. durch öffentliche Beschaffungen) sowie eine nachhaltige Industriepolitik mit gezielten Förder- und Forschungsprogrammen (wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz) schaffen Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen und entfachen eine neue wirtschaftliche Dynamik. Die dritte Säule des Green New Deal schließlich ist die Erneuerung des sozialen Ausgleichs zwischen Arm und Reich.

Ein Kernprojekt zur Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien ist die Energiewende. Sie trägt dazu bei, die unheilvolle Spirale aus immer mehr Schulden, Umweltverschmutzung und Ungleichheit zu durch-

brechen. Um teure Energieträger-Importe zu vermeiden, müssen mehrere Ziele zugleich verfolgt werden: Investitionen in Erneuerbare Energien, höhere Energieeffizienz und größere Energiesuffizienz.

Zunächst muss durch den Ausbau von Wind-, Wasser-, Photovoltaik- und Solarkraftwerken, Geothermie und eine nachhaltige Nutzung von Biomasse die Energie in Zukunft aus erneuerbaren Energieträgern gewonnen werden, die nur sehr niedrige Treibhausgasemissionen verursachen. Daneben muss durch die energetische Sanierung von Gebäuden, sparsamere Autos und generell Ressourcen schonende Produktionspro-

zesse der Einsatz von Energie effizienter gestaltet werden. Kurz- bis mittelfristig wird man auf den Import von Öl schon deshalb nicht vollständig verzichten können, weil für die Herstellung zahlreicher Industriegüter und Konsumprodukte Öl als Grundstoff benötigt wird. Durch konsequente Kreislaufwirtschaft und nachwachsende Alternativen könnte aber auch in der Industrie dieser endliche Rohstoff ersetzt werden. Ebenso muss die industrielle Landwirtschaft ihre Abhängigkeit von fossilen Energieträgern überwinden. Schließlich könnten wir durch eine Änderung unseres am Konsum orientierten Lebenswandels erhebliche Mengen an Energie ein-

sparen. Langfristig wird dies nicht ohne eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs von statten gehen. Schlüssige Mobilitätskonzepte stellen deshalb öffentliche Transportmittel in den Mittelpunkt.

Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn er vor allem von der gesamten Gesellschaft getragen wird. Die Verteuerung von Öl, Gas und anderen endlichen Rohstoffen führt zu neuen Verteilungsfragen. Auch deshalb müssen wir über gerechte Steuern und stärkere öffentliche Güter wie Bildung und Gesundheit die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft reduzieren. Sozial schwächere Bevölkerungsgruppen dürfen nicht zu Verlierern des ökologischen Wandels werden. Durch langfristig stabile Energiepreise sorgt der Green New Deal für eine Entlastung insbesondere der unteren und mittleren Einkommensschichten. Denn sie müssen einen überproportional großen Anteil ihres Einkommens für Energie aufwenden. Folglich sind Dämmung von Mietwohnungen und Schaffung zugänglicher öffentlicher Verkehrsmittel für Alle ein entscheidender Beitrag für mehr Gerechtigkeit.

Die EU hat bereits die Weichen für eine ökologischere und sozialere Wirtschaft gestellt. Im Jahr 2010 beschloss die Europäische Union ihre neue Leitstrategie „EU 2020“. Darin wird neben Wirt-

schaftswachstum, Bildung und Armutsbekämpfung das 20%-Ziel für die Treibhausgas-minderung bis 2020 festgeschrieben. Damit ist die Strategie 2020 deutlich ausgewogener als die zuvor gescheiterte Lissabon-Strategie. Die EU 2020-Strategie bleibt jedoch hinter dem Green New Deal zurück. Fast alle Versprechungen sind unverbindlich gehalten und zumeist unterfinanziert. In ihren Bemühungen um eine ökologische und soziale Transformation darf die Europäische Union nicht auf halber Strecke stehenbleiben. Dazu muss die Strategie „EU 2020“ Europa zur treibenden Kraft der grünen Revolution des 21. Jahrhunderts machen. Die Festschreibung eines verbindlichen EU-Treibhausgas-minderungsziels von -30 % bis 2020 wäre deshalb ein wichtiger Schritt für mehr Umweltschutz - und auch für neue Arbeitsplätze: 2005 beschäftigte der Erneuerbare Energien-Sektor direkt und indirekt knapp 1,4 Mio. Menschen in der Europäischen Union. Würde die EU ihre Reduktionsziele von 20 % auf 30 % bis 2020 nach oben schrauben, so ginge dies mit der Schaffung von mehr als 2 Mio. zusätzlichen Arbeitsplätzen einher.

Bei den Rettungsprogrammen für Banken und Staaten spielten ökologische und auch soziale Belange praktisch keine Rolle. Die Chance, den hunderte Milliarden schweren Einsatz öffentlicher Gelder für eine Transformation der

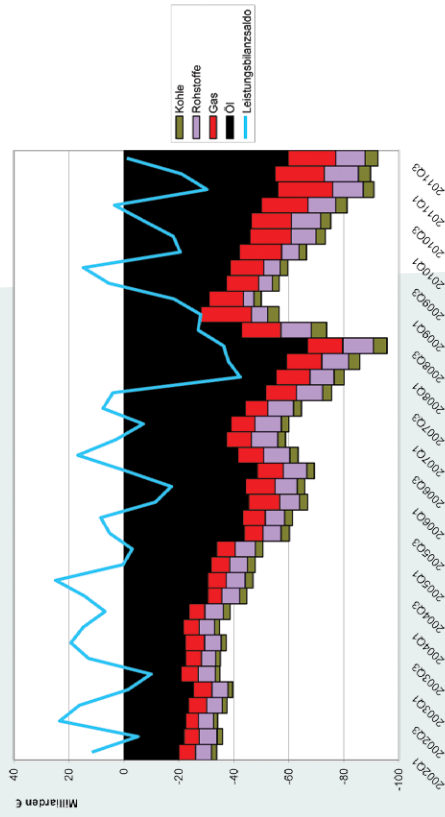
Wirtschaft zu nutzen, wurde verpasst. Die nun von der EU geplanten europäischen Investitionsprogramme dürfen diesen Fehler nicht wiederholen. Zusätzliches Kapital für die Europäische Investitionsbank und EU-Projektbonds sind dringend notwendig. Die Investitionen dürfen jedoch nicht in Straßenbau, Flughäfen und Betontourismusanlagen gesteckt werden und damit die Ölabhängigkeit weiter erhöhen. Vielmehr muss das Geld in Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Materialeffizienz, usw. fließen.

Angesichts der EU 2020-Ziele für Klimaschutz und CO₂-Einsparung verwundert die Blockadehaltung der Bundesregierung gegenüber der EU-Energiesteuerrichtlinie. Unvernunft beweisen die Fraktionen von CDU, CSU und FDP außerdem mit ihrer Behinderung der Energieeffizienzrichtlinie im Europäischen Parlament. In beiden Fällen wären weniger industriepolitische Klientelpolitik und mehr Weitsicht wünschenswert.

ANHANG

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Abbildungen wurden die Skalierungen den jeweiligen Ländern angepasst. Dadurch wird das für die Bedeutung der Rohstoffabhängigkeit entscheidende Verhältnis von Nettoimporten (-) und Nettoexporten (+) zur jeweiligen Leistungsbilanz ersichtlich.

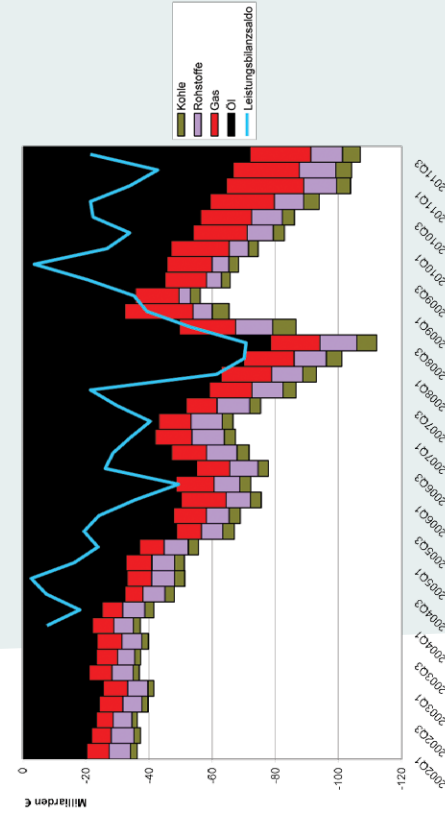
Eurozone (EA-17) - Werte



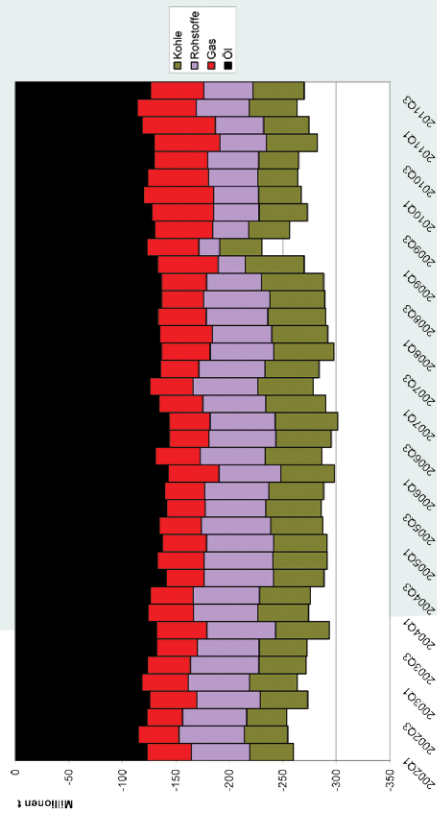
Eurozone (EA-17) - Mengen



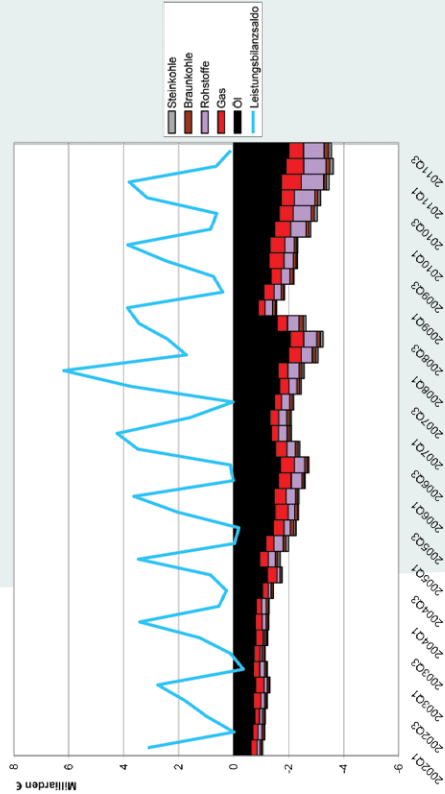
Europäische Union (EU-27) - Werte



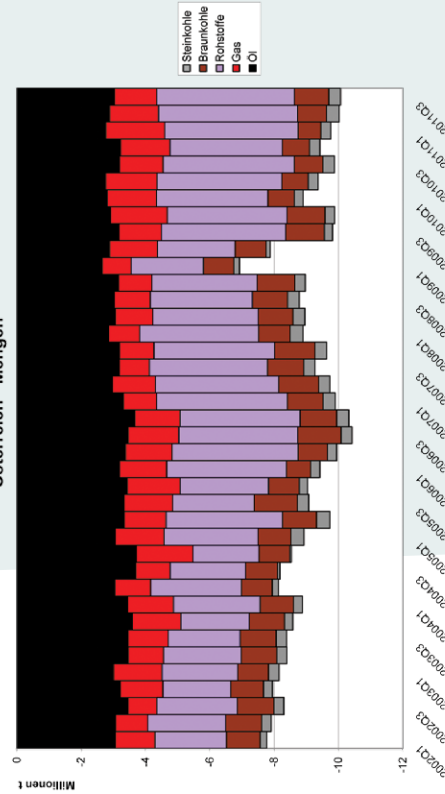
Europäische Union (EU-27) - Mengen



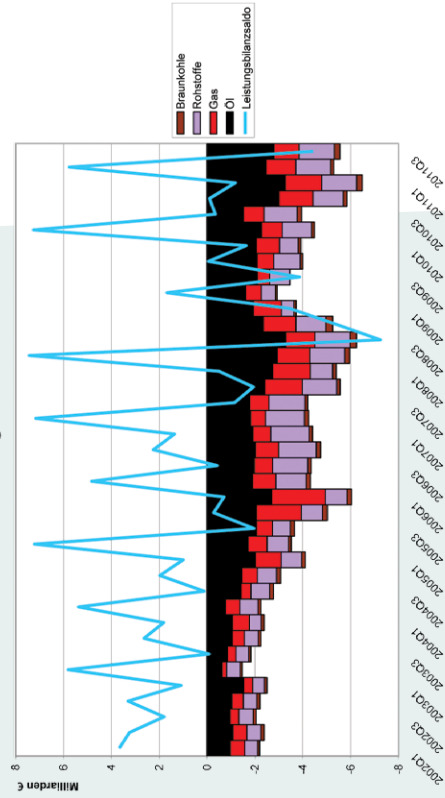
Österreich - Werte



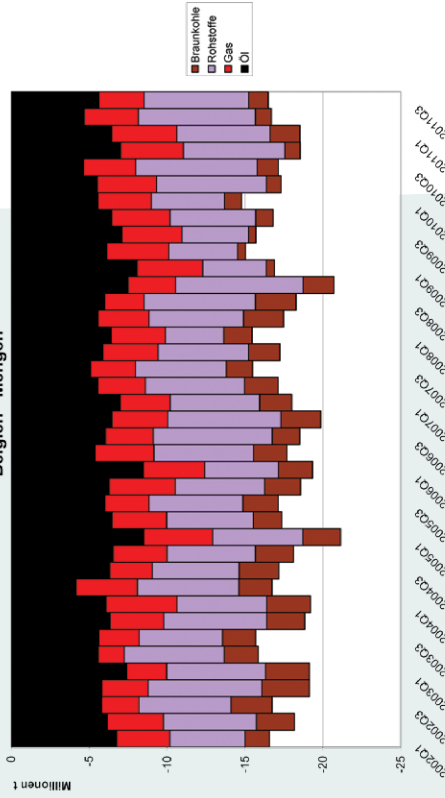
Österreich - Mengen



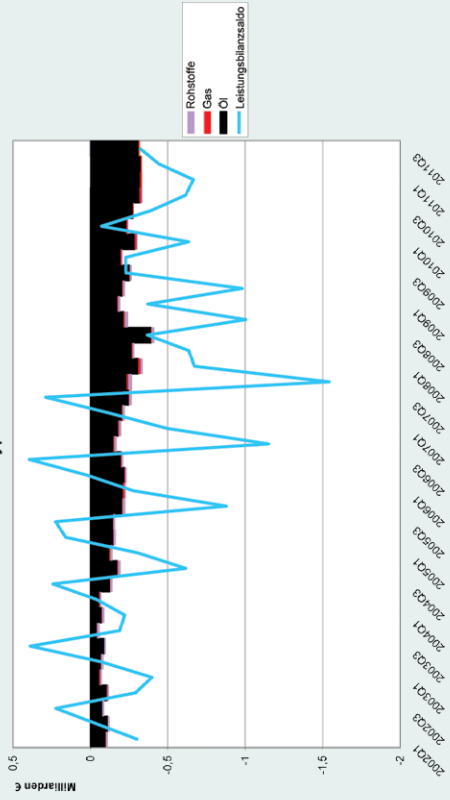
Belgien - Werte



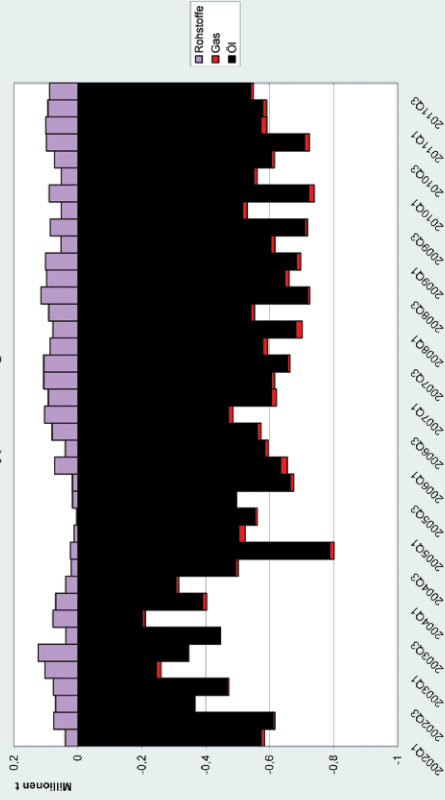
Belgien - Mengen



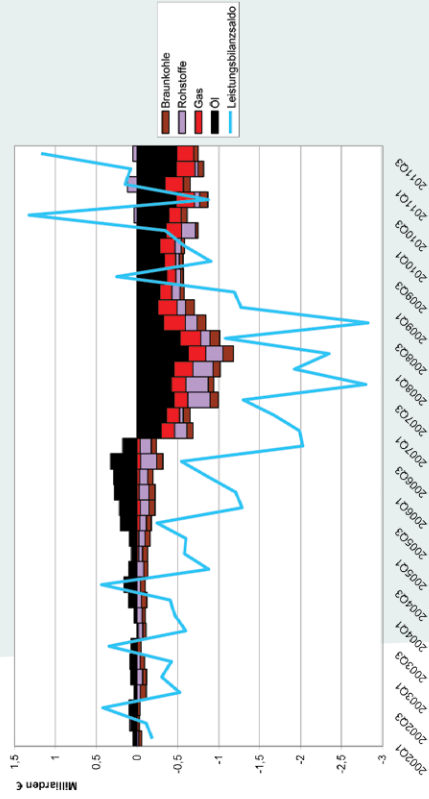
Zypern - Werte



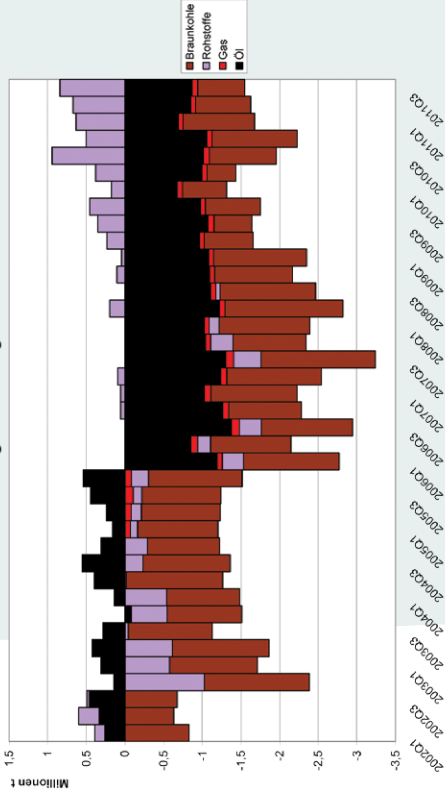
Zypern - Mengen



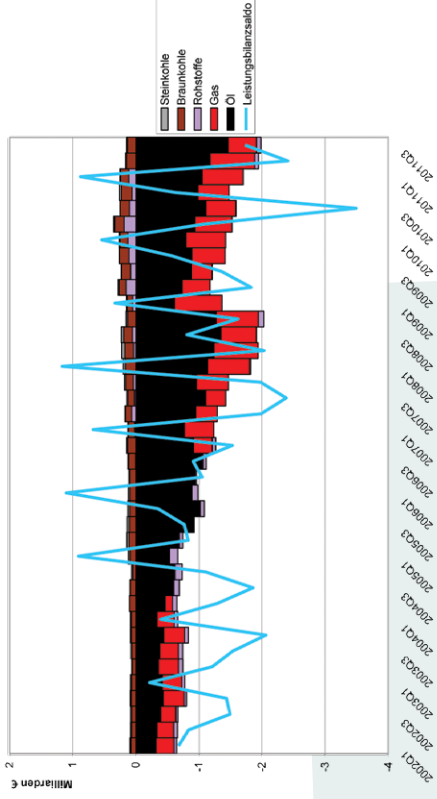
Bulgarien - Werte



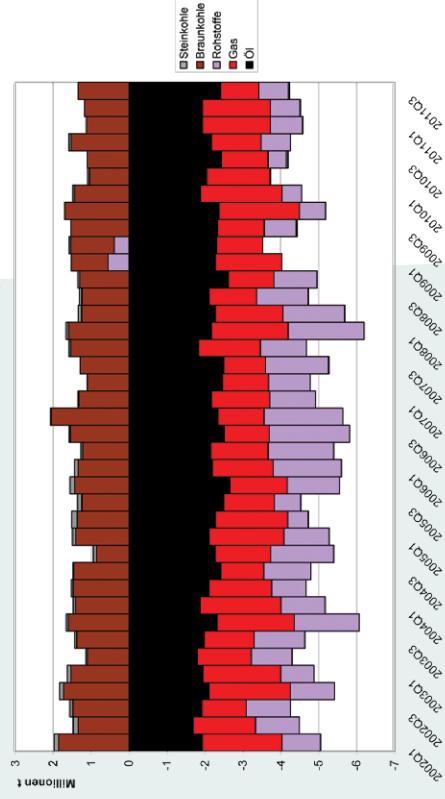
Bulgarien - Mengen



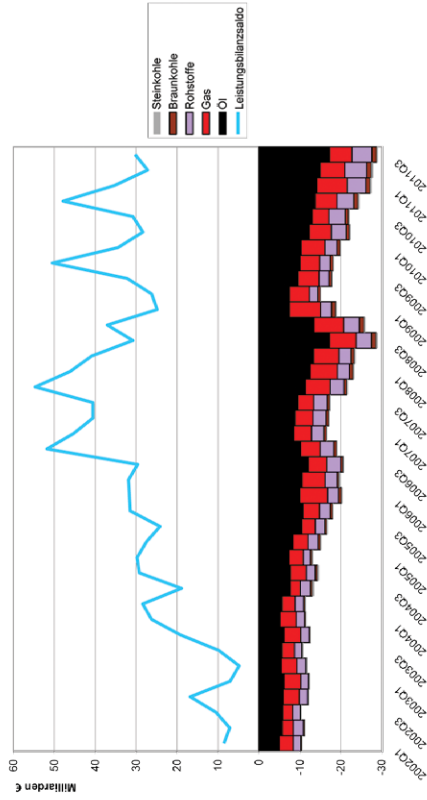
Tschechische Republik - Werte



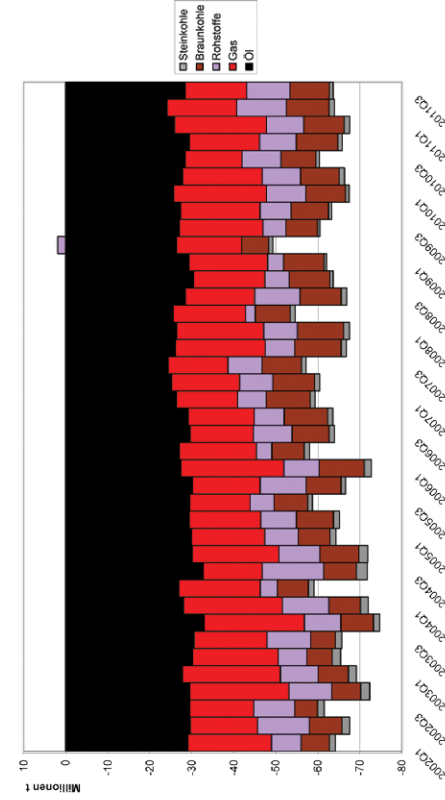
Tschechische Republik - Mengen



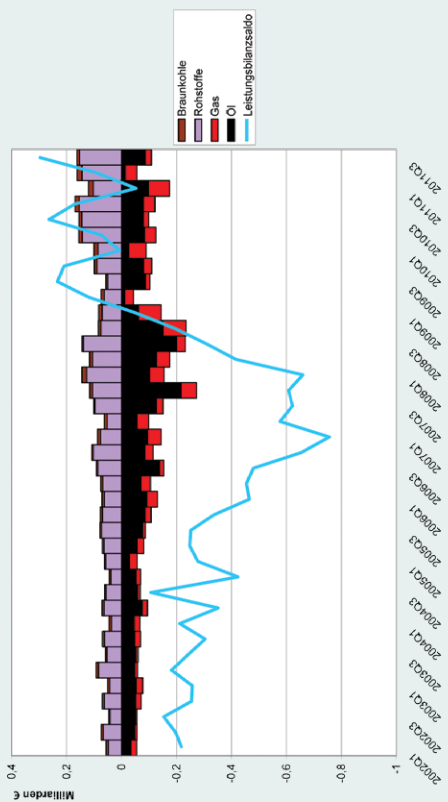
Deutschland - Werte



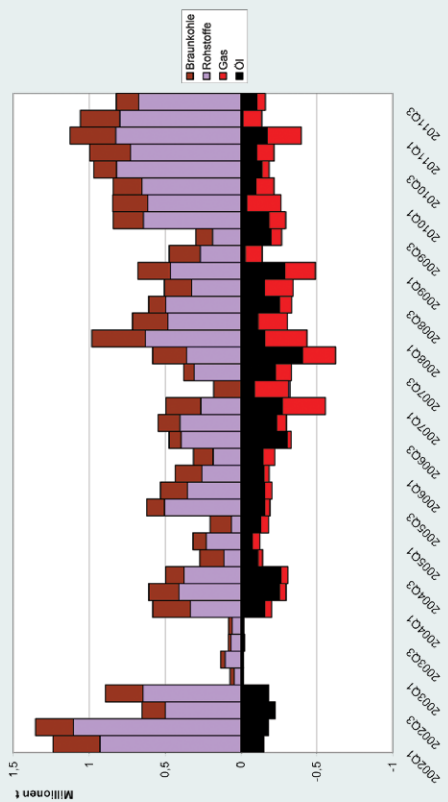
Deutschland - Mengen



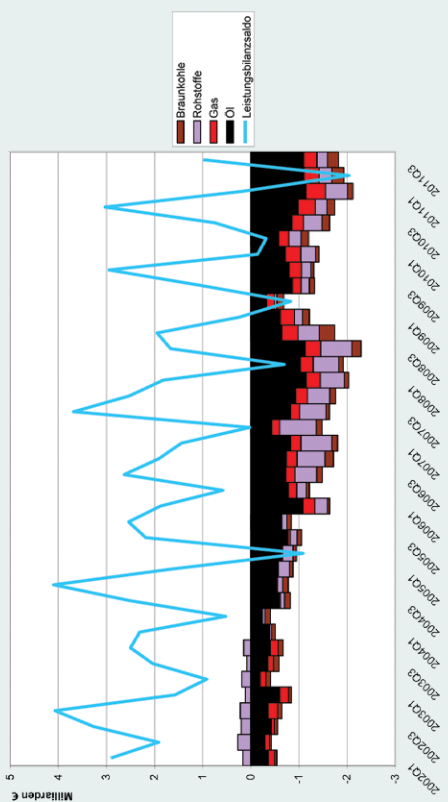
Estland - Werte



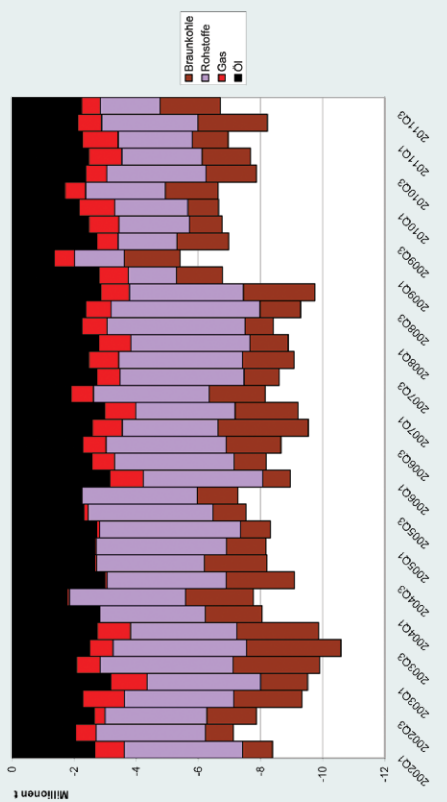
Estland - Mengen



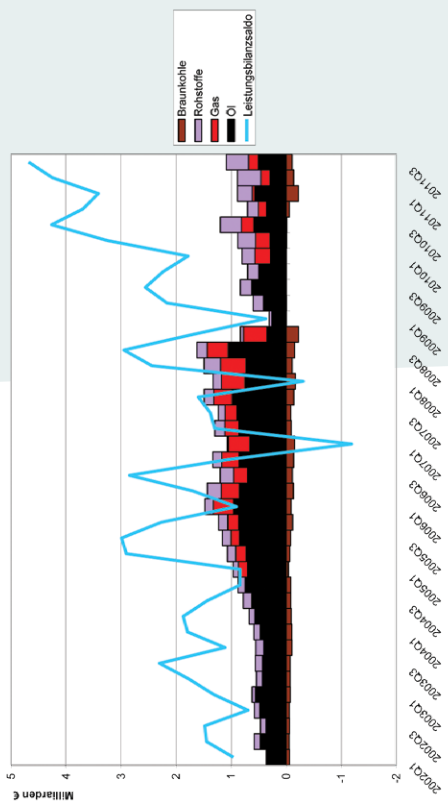
Finnland - Werte



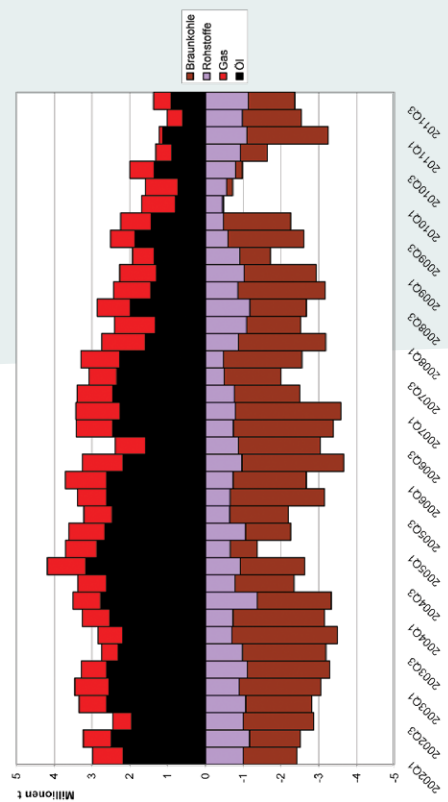
Finnland - Mengen



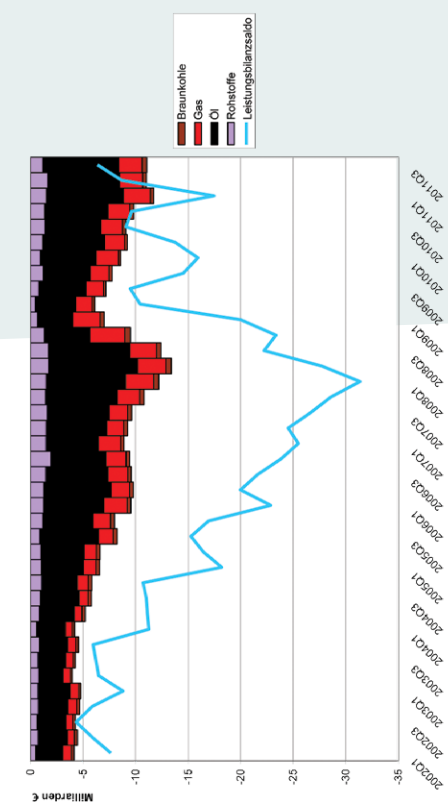
Dänemark - Werte



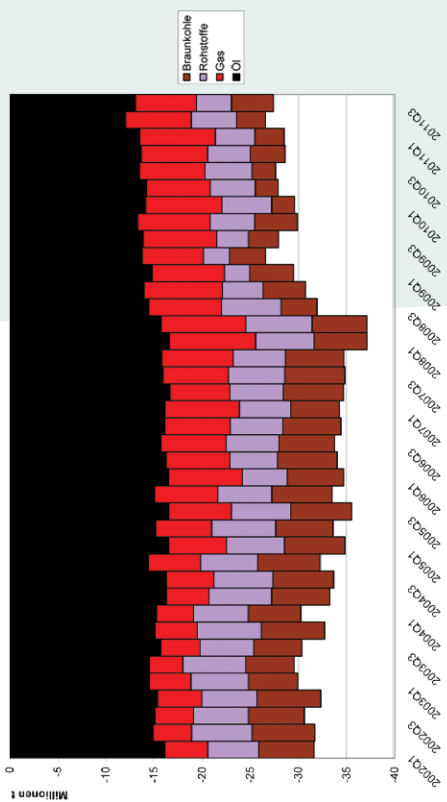
Dänemark - Mengen



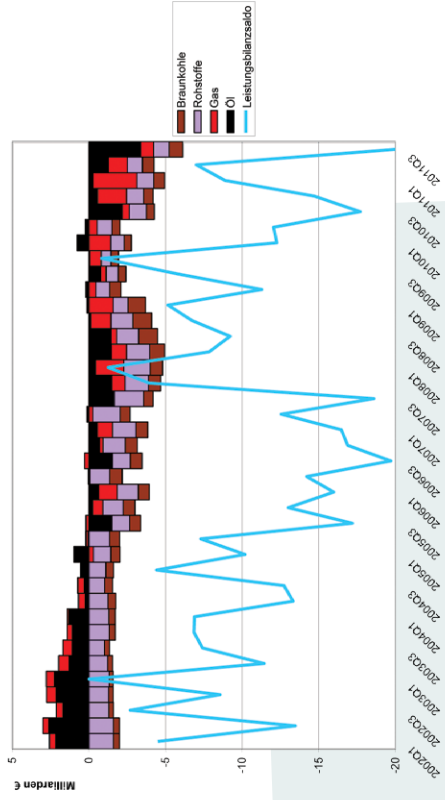
Spanien - Werte



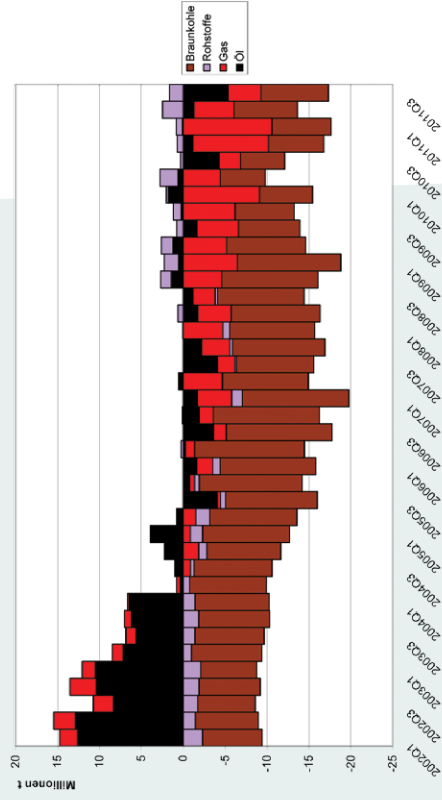
Spanien - Mengen



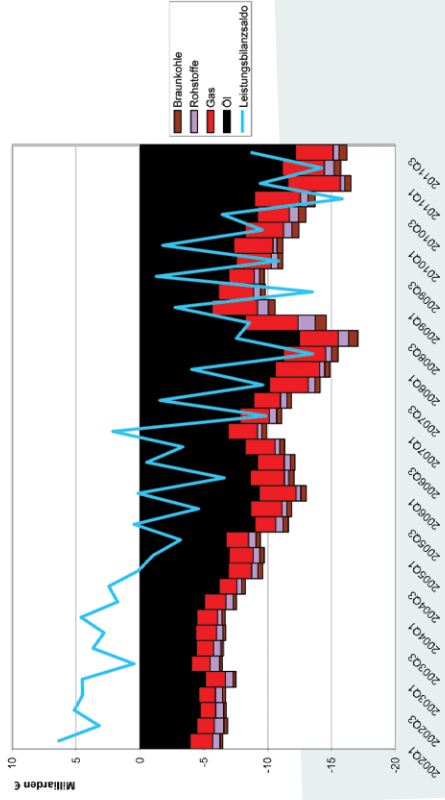
Vereinigtes Königreich - Werte



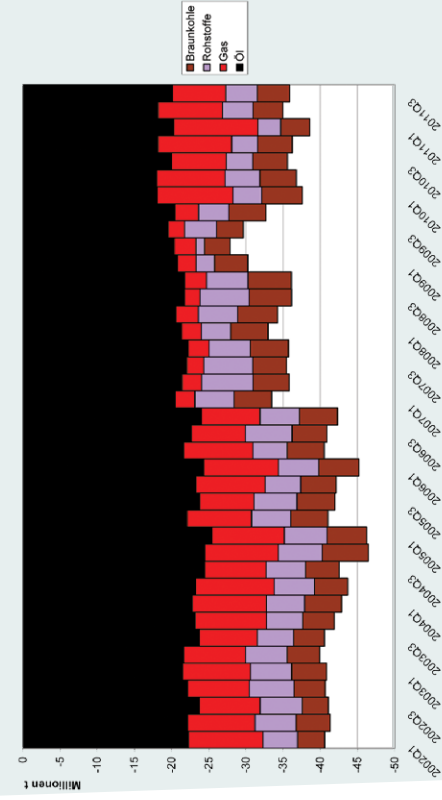
Vereinigtes Königreich - Mengen



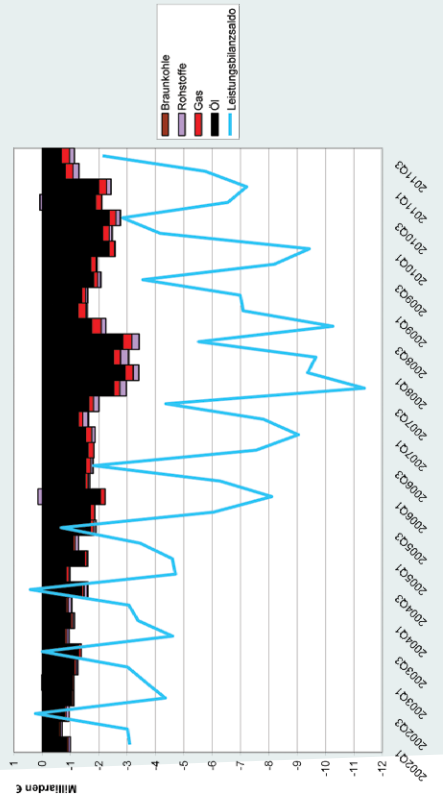
Frankreich - Werte



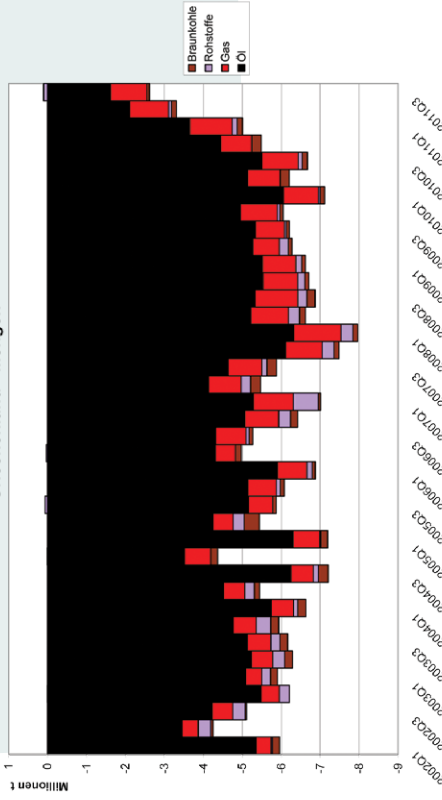
Frankreich - Mengen



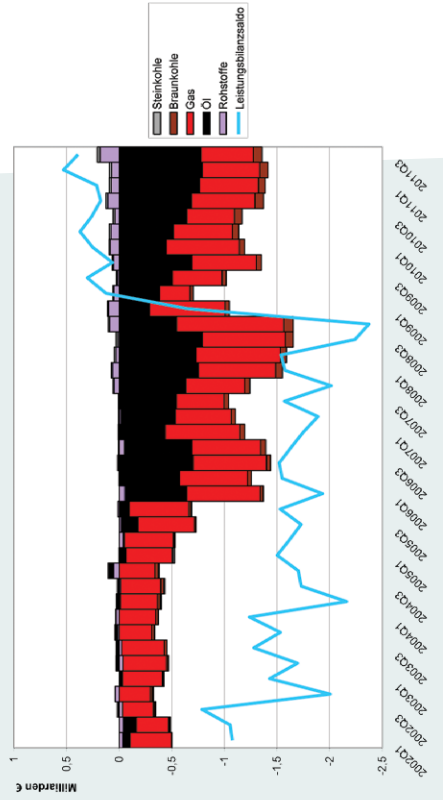
Griechenland - Werte



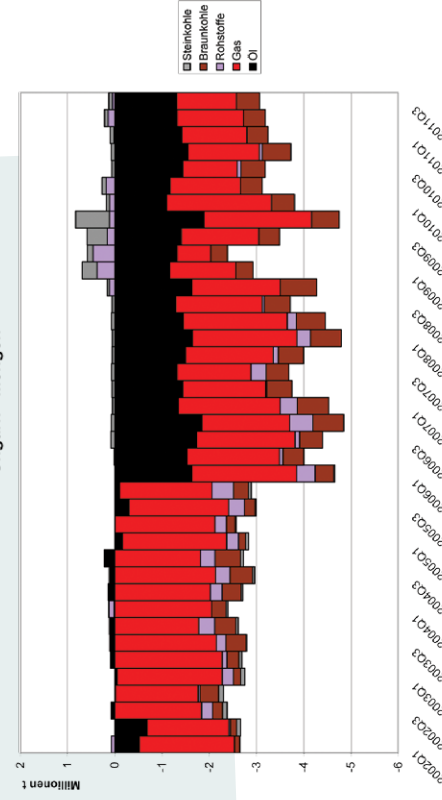
Griechenland - Mengen



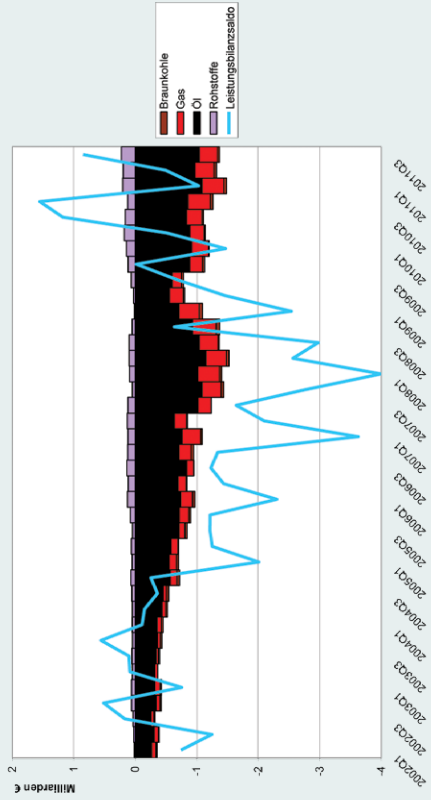
Ungarn - Werte



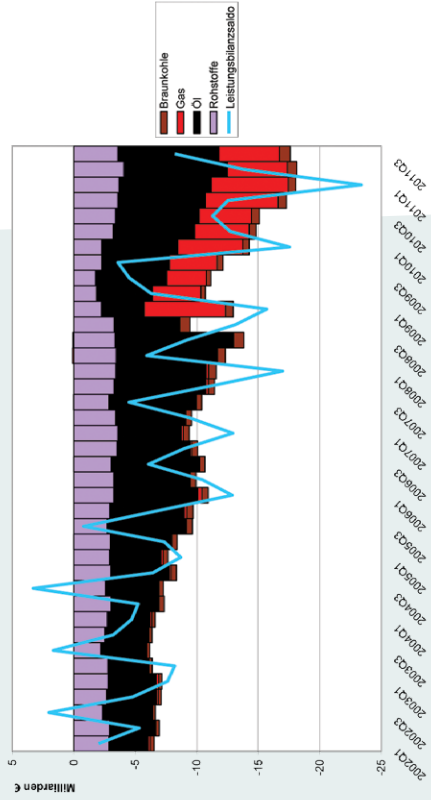
Ungarn - Mengen



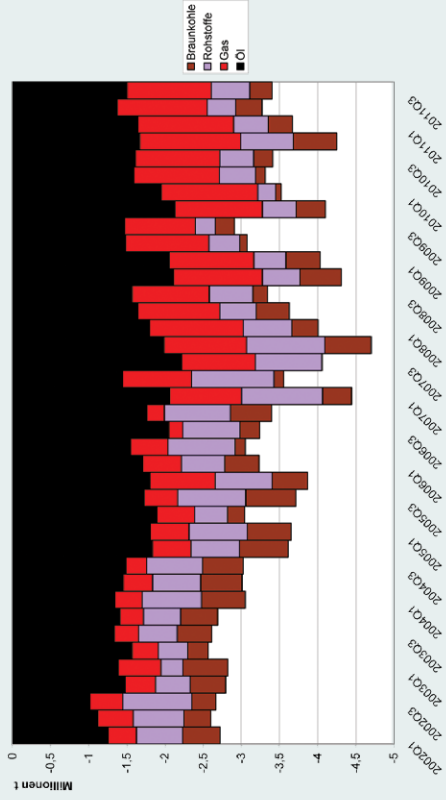
Irland - Werte



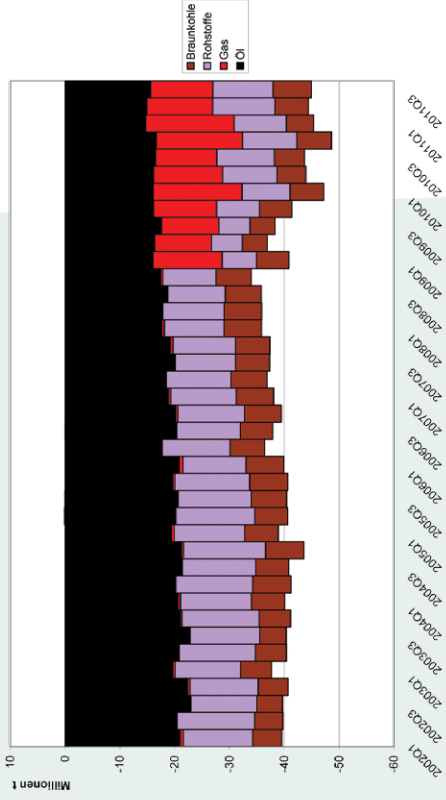
Italien - Werte



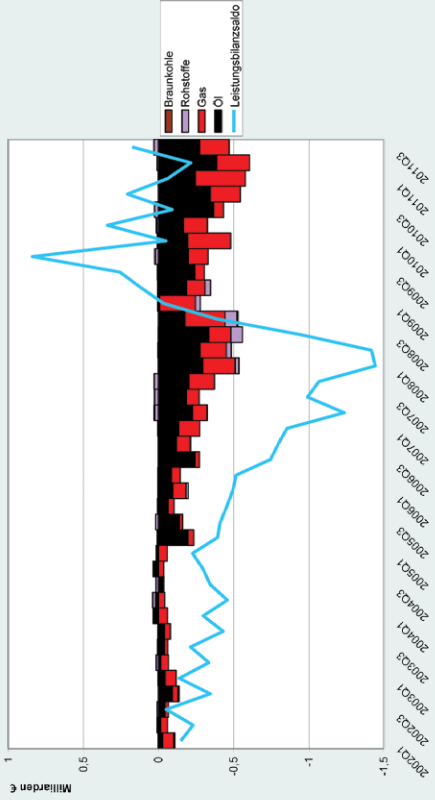
Irland - Mengen



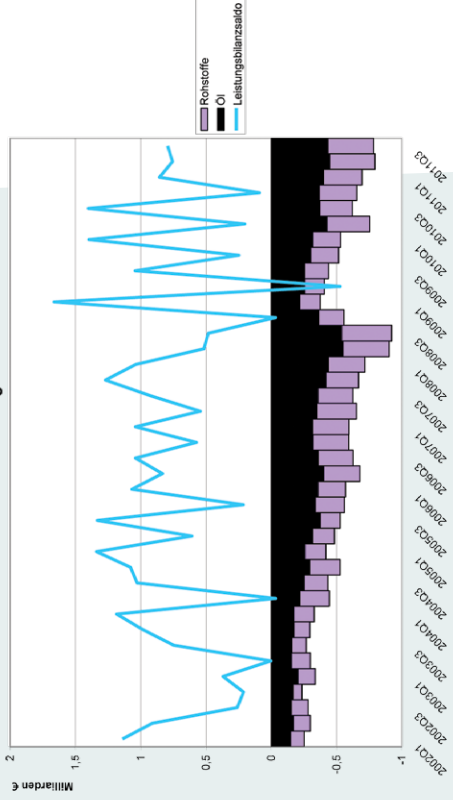
Italien - Mengen



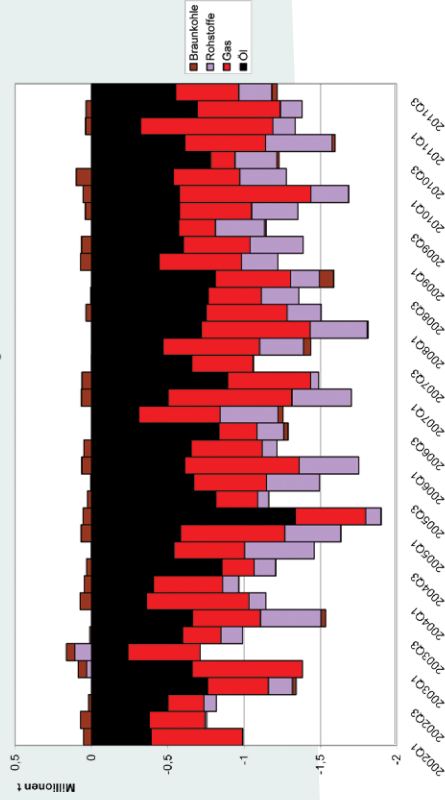
Litauen - Werte



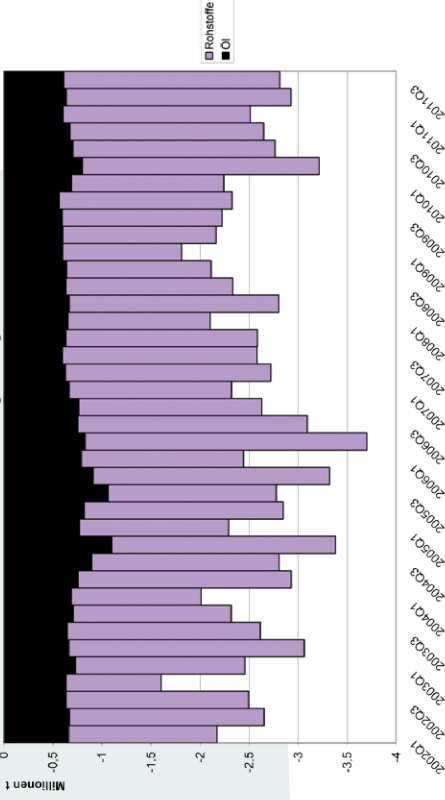
Luxemburg - Werte



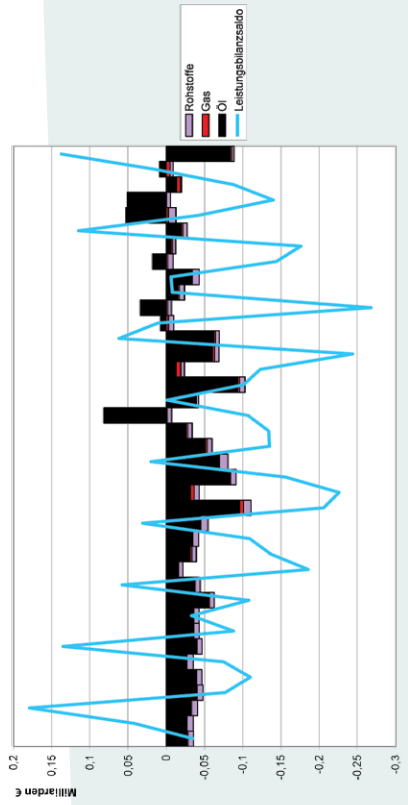
Litauen - Mengen



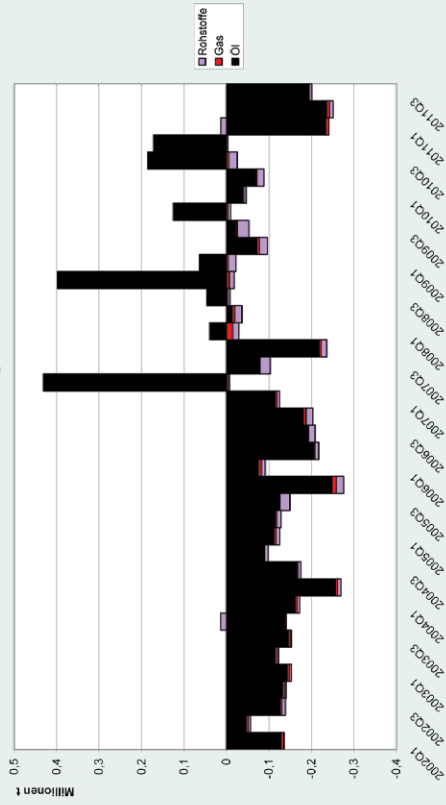
Luxemburg - Mengen



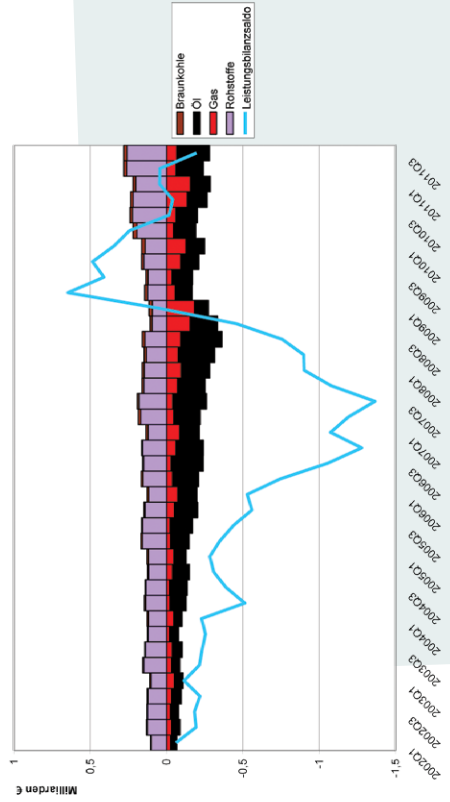
Malta - Werte



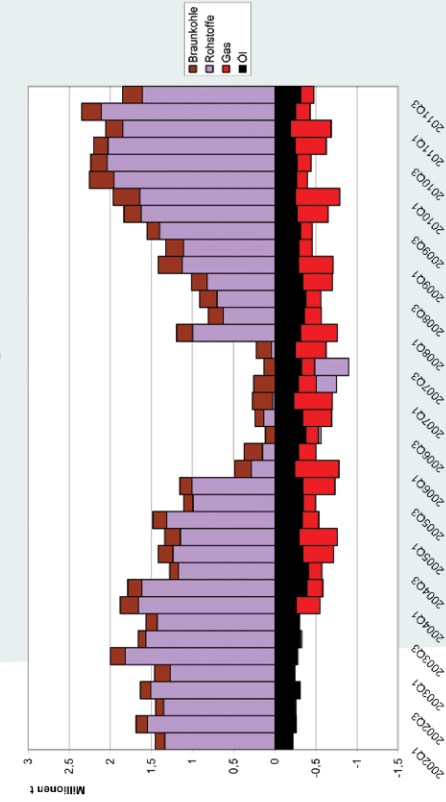
Malta - Mengen



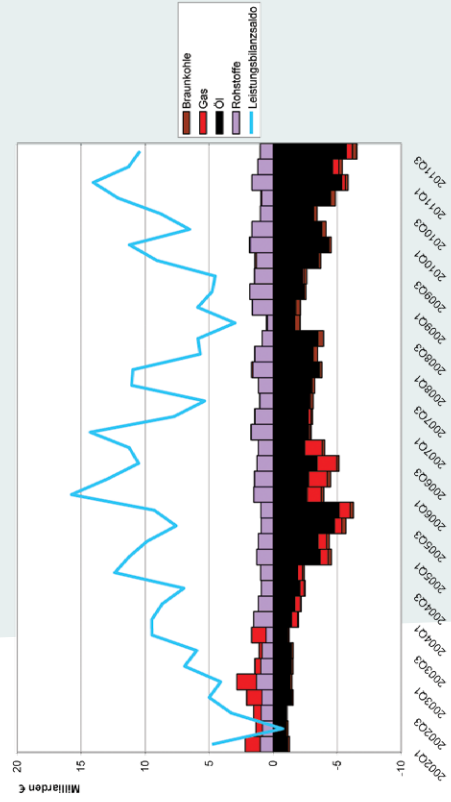
Lettland - Werte



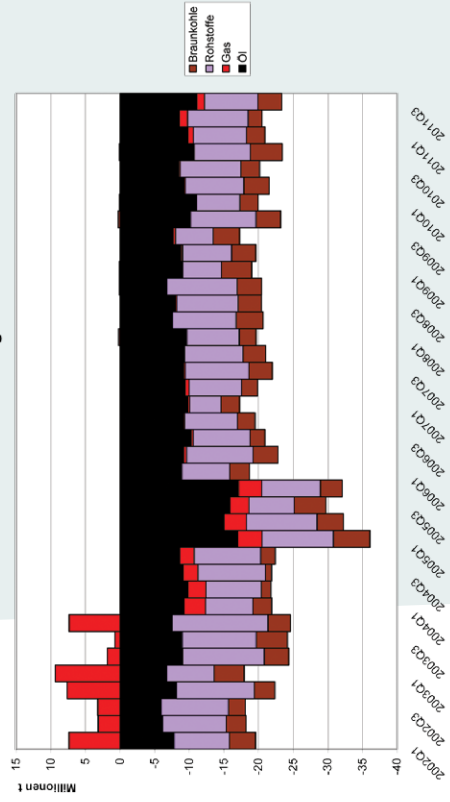
Lettland - Mengen



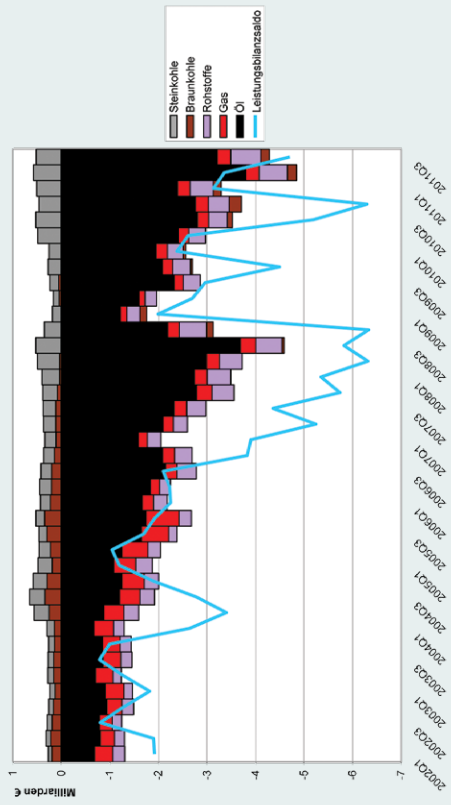
Niederlande - Werte



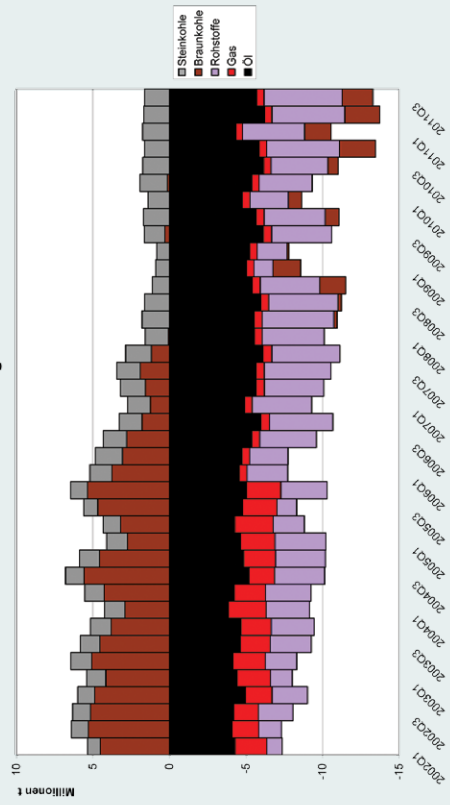
Niederlande - Mengen



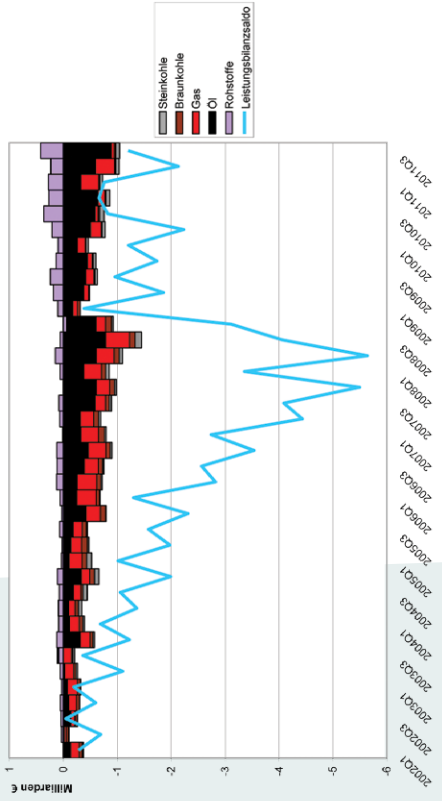
Polen - Werte



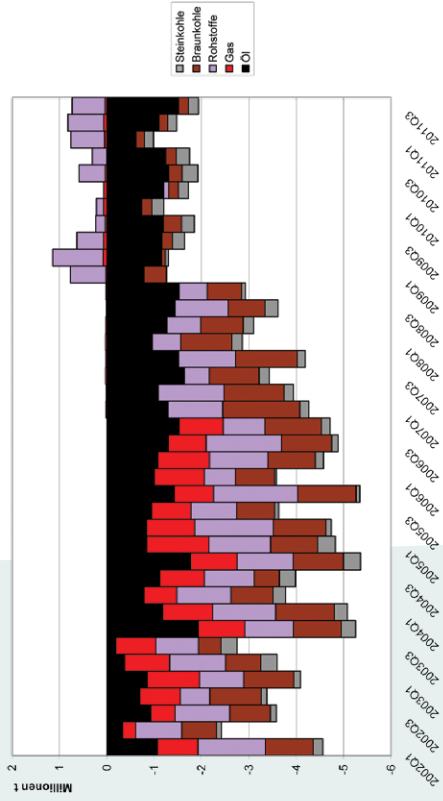
Polen - Mengen



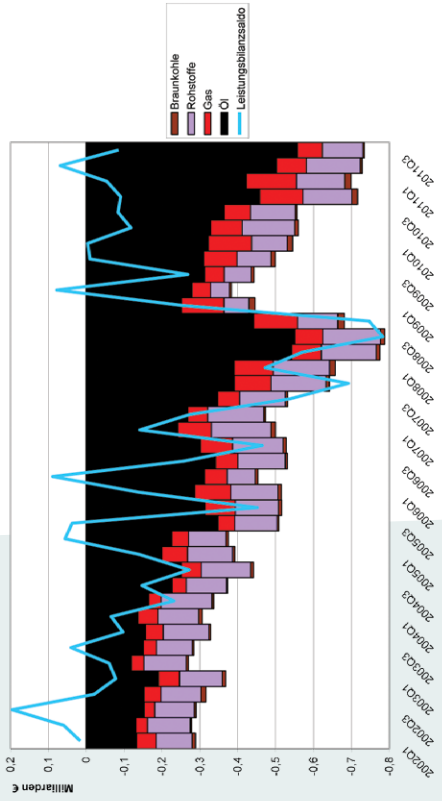
Rumänien - Werte



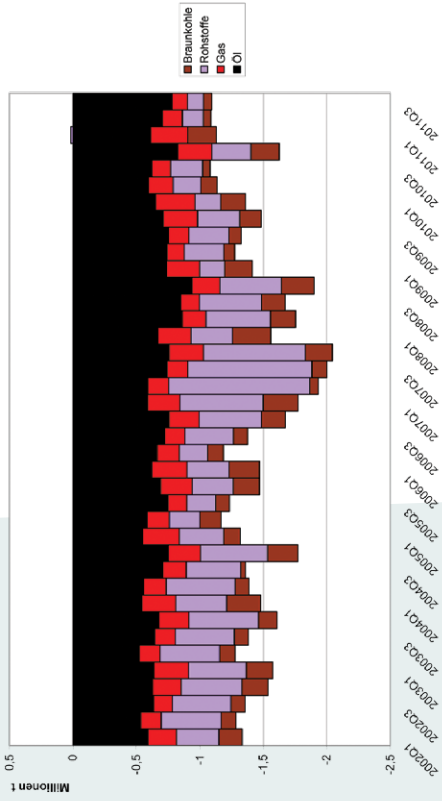
Rumänien - Mengen



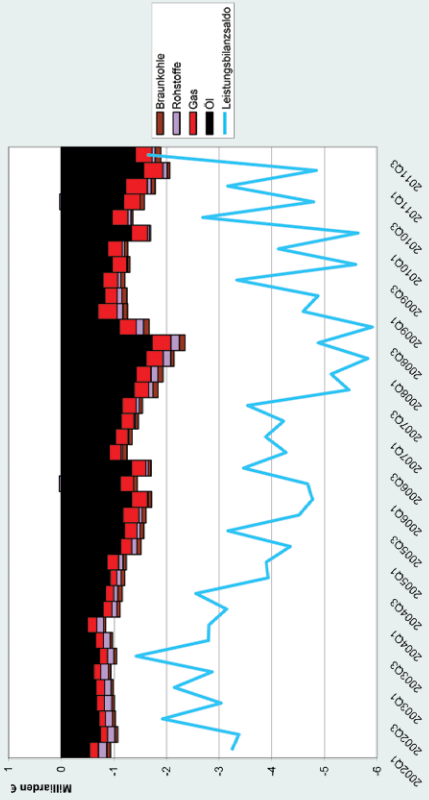
Slowenien - Werte



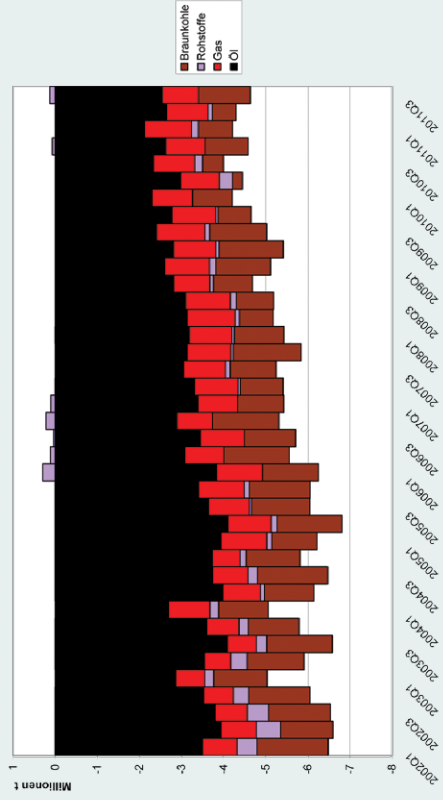
Slowenien - Mengen



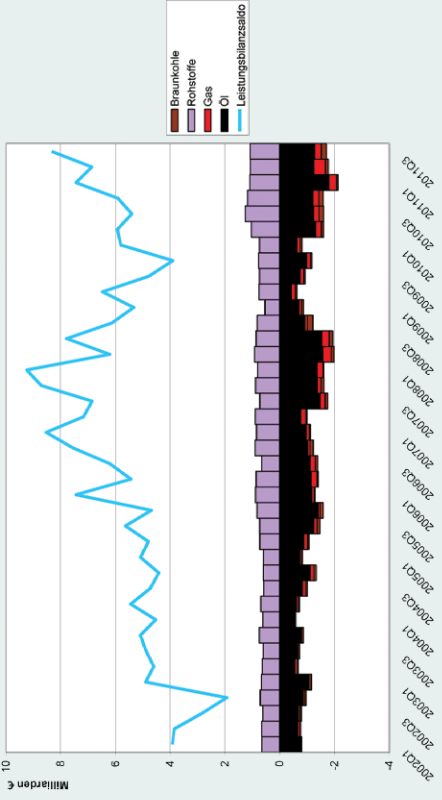
Portugal - Werte



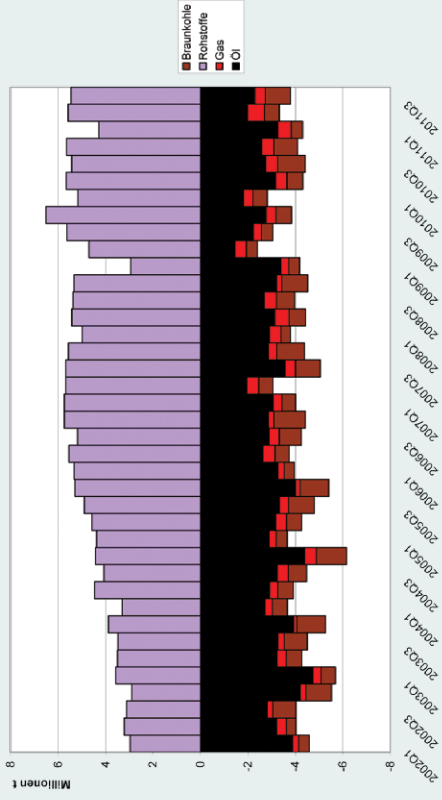
Portugal - Mengen

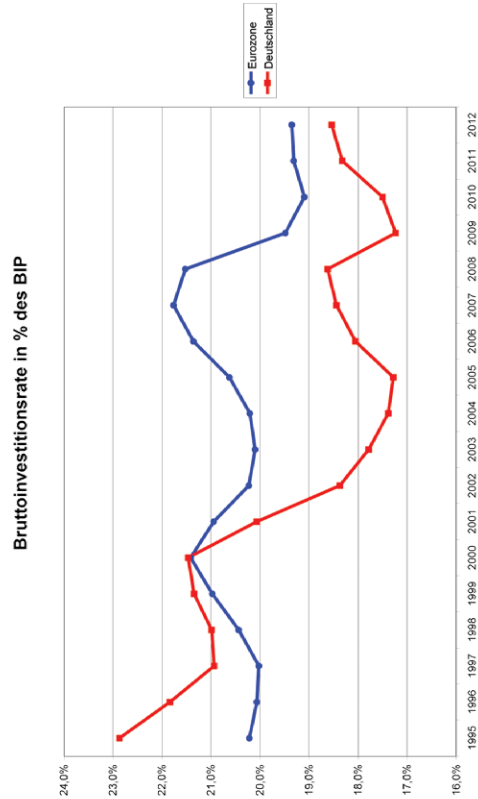
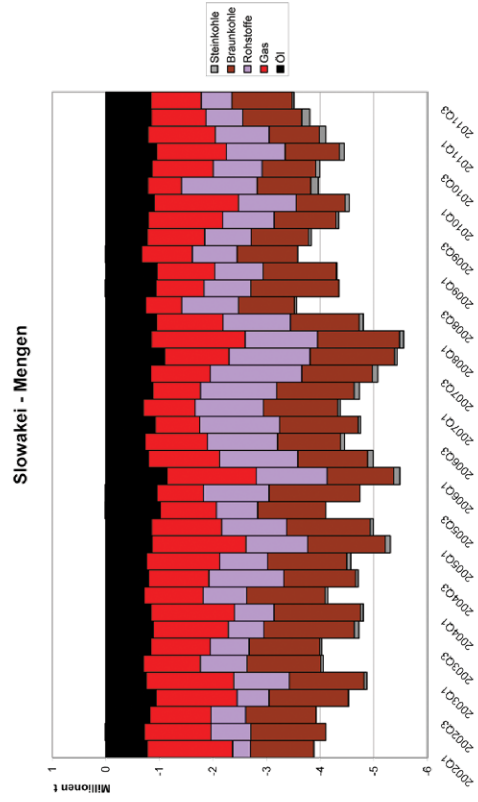
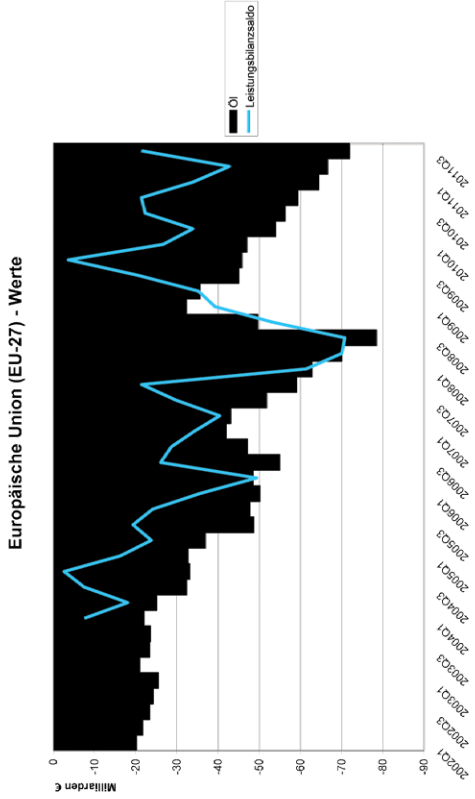
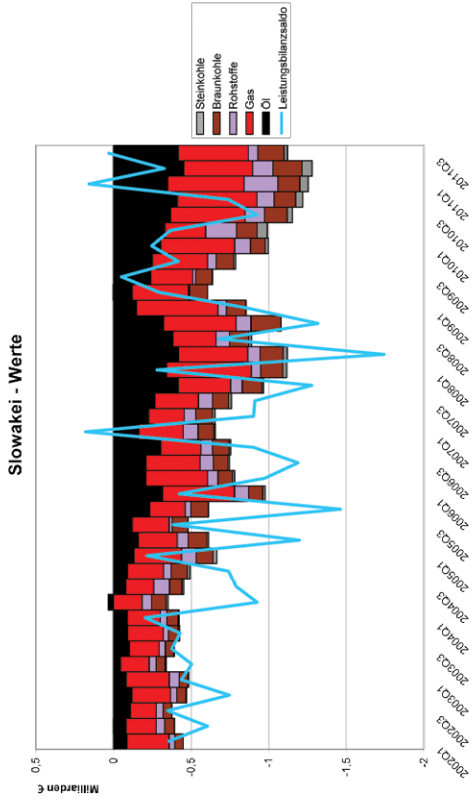


Schweden - Werte

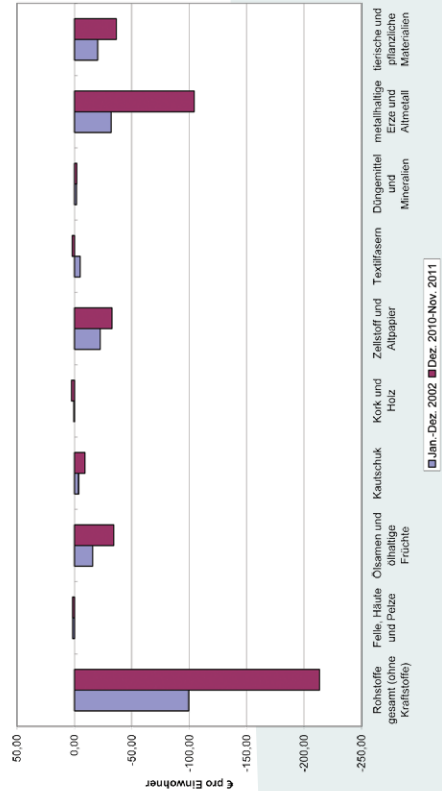


Schweden - Mengen

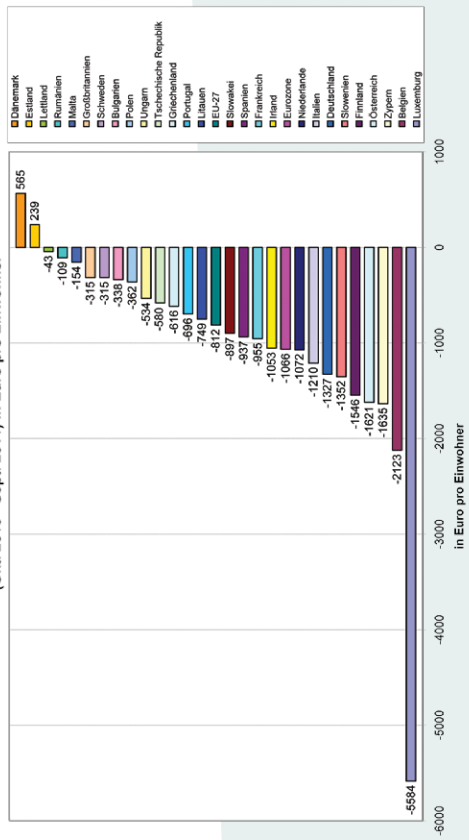




Deutschland: Kosten für Rohstoff - Importe



Ausgaben (-) / Einnahmen (+) durch Öl, Gas, Kohle, Elektrizität und endliche Rohstoffe (Okt. 2010 - Sept. 2011) in Euro pro Einwohner





SVEN GIEGOLD - MdEP

Europäisches Parlament ASP 08/G209
rue Wiertz 60
BD1047 Bruxelles

Tel.: +32 (0) 2 - 28 - 45369

Fax: +32 (0) 2 - 28 - 49369

sven.giegold@europarl.europa.eu

www.sven-giegold.de
www.greennewdeal.eu